

Bezugspreis:

Bestellpreis 30.- M., monatl. 10.- M., frei ins Haus, ocous zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 10. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 11753-51.

Ruhig Blut bewahrt!

Der Reichsverkehrsminister hat alle Reichseisenbahnbehörden nochmals angewiesen, streng nach der Verordnung der Reichsregierung vom 30. Juli zu verfahren, in der alle Güter ausgezählt sind, deren Aus- und Durchfuhr nach kriegsführenden Ländern auf Grund der Neutralität Deutschlands verboten ist.

Eine Entente note droht bereits Folgen für unbefugte Transportbehinderung an. In Erfurt ist ein Güterzug angehalten worden, in dem sich auch zwei französische Offiziere — mit weiblicher Begleitung vorfinden.

Rumänien, Schweden und die Tschechoslowakei betonen ihre Neutralität und von Horthy-Ungarns zwinglichen Angehören keine man in London angewöhnt zu sein, nachdem man die Rädertiererei so lange geduldet hat.

Polen an den Völkerbund.

In einer Note an den Völkerbund betont Polen, daß trotz all seiner Bemühungen, die (von seiner abgetretenen Regierung und dem weiterregierenden Pilsudski begonnenen) Feindseligkeiten mit Rußland einzustellen, die Verschleppungstaktik der Sowjetregierung eine Verhinderung unmöglich mache.

Schier unglaublich klingt es, daß in Westpolen die Deutschenverfolgungen fortgesetzt werden soll. Sogar die Eisenbahnen wurden in Schenken festgenommen und buchstäblich ausgezogen!

Moskau an die englische Regierung

befragt: Die polnische Regierung teilt mit, daß sie bereit sei, Delegierte nach Rinnst zu entsenden, um einen Waffenstillstand und einen Vorfrieden abzuschließen. Die bolschewistische Regierung ist deshalb der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Polen, auf der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens am schnellsten und einfachsten durch direkte Verhandlungen erreicht werden würde.

Die Russen haben Ostrolensa und das umweit Orlelsburg gelegene Kschinesz besetzt. Sie gehen auch gegen Wrangel in Südrußland vor und haben Alexandrowitz genommen. In dem eroberten Gebieten Polens und Ostgaliziens haben die Sowjets die polnischen Großgrundbesitzer und alle Fabriken, Banken usw. enteignet.

Aus Horthy-Ungarn.

Horthy empfing eine Abordnung der „national-sozialistischen“ Arbeiter, einer Volkstun-Organisation, deren Mitglieder nur Leute sind, die wegen verräterischen Verhaltens aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden sind.

Die Untersuchung gegen die Angehörigen der Budapestergesellschaft wurde vor kurzem beendet. Die Kommission verurteilte 87 Angehörige zum Amisverlust.

Das Amtsblatt teilt mit, daß der Senat der Budapestergesellschaft den außerordentlichen Professor Max Goldzieher die Lehrgenehmigung entzogen hat. Ferner wurden 3 Mittelschulprofessoren zum Amisverlust verurteilt.

Die Ungarische Polizei ordnete die Internierung des Vizepräsidenten der Abgeordnetenkammer an, weil dieser nach dem Umsturz 1918 den abgewählten Soldaten eine Abfertigung von 5000 Kronen in Aussicht gestellt hatte. Ferner wurde auf Anordnung der Budapestergesellschaft der Gerichtsnotar Dr.

Noch kein Ergebnis.

Paris, 9. August. (WZ.) Nach einer Savandmeldung aus Ouhé konferierten Millerand und Lloyd George Montag von 10 bis 2 Uhr. Die Verhandlungen wurden nachmittags fortgesetzt. Die Marschälle Koch und Wilson sowie Admiral Beatty wohnten der Beratung bei, die der Prüfung und Aufstellung von Maßnahmen gewidmet war, die von den Alliierten gegen die Sowjets ergriffen werden könnten.

„Humanität“ gegen Sekt r se.

Paris, 9. August. (Holländisch Neuwosbureau.) Während alle bürgerlichen Zeitungen der Regierung den Rat erteilen, sich gegen Berlin zu wenden, wenn man Moskau treffen wolle, bezeichnet die „Humanité“ die Annahme, daß zwischen der Berliner Regierung und den russischen Volkskommissaren eine Verständigung bestehe, als vollständig unsinnig.

Belagerungszustand in Straßburg.

Paris, 9. August. (Holländisch Neuwosbureau.) Ueber Straßburg wurde der Belagerungszustand verhängt.

Die britischen Arbeiter.

London, 9. August. („Frankf. Ztg.“) Nach dem „Daily Herald“ vom 5. August hat eine Versammlung der Hafenarbeiter von London beschlossen, im Falle einer englischen Intervention im russisch-polnischen Krieg alles Kriegsmaterial in London zurückzubehalten.

Loßkoch wegen seines Verhaltens während der Diktatur verhaftet. Die Raaber Polizei verhaftete den Obedienten Dr. Schreiner, der beschuldigt wird, während der Rätediktatur eine leitende Stellung bekleidet zu haben.

Die Budapestergesellschaft verhaftete in den letzten Tagen wegen ihres Verhaltens während der Diktatur mehrere Dutzend Personen. Der Oberstaatsanwalt (Verwaltungschef) des Bezirkes Tisza, Dr. Kompos, der während der Diktatur Sekretär eines Direktors war, wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mörder Friedrich.

Der Immunitätsausschuß der Nationalversammlung beschloß mit Stimmenmehrheit, dem Plenum vorzuschlagen, dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf Auslieferung des ehemaligen Ministerspräsidenten, jetzigen Abgeordneten und Obererzherzogen, Stephan Friedrich, wegen dringenden Verdachts der Anführung zur Ermordung des Grafen Tisza stattzugeben.

Zwischen zwei Feuern.

Es ist sehr schwer, Geschichte zu schreiben, wenn der Krieg an der Türde pocht. Die waghalsigsten Vermutungen werden ausgesprochen, weitergegeben und verbreitet sich zu kurzlebigen Zeitungsenten „von unterrichteter Seite“.

Die Entente wie Sowjetrußland fürchten und wünschen gleichermaßen unsere Bundesgenossenschaft. Lassen wir uns in den Krieg hineinziehen, und sei es auch nur, indem wir eine Verletzung unserer Neutralität dulden oder nicht abzumehren vermögen, dann wird Deutschland unweigerlich zum Kriegsschauplatz, dann blüht ihm das tragische Schicksal Nordfrankreichs und Belgiens.

Deutschlands Stärke ist seine Industrie, der die Alliierten, und ganz besonders Frankreich und Italien, ebenso sehr bedürfen wie Rußland. Es ist also nicht allein unser eigenes Interesse, daß unsere Industrie unverletzt bleibt, es ist auch im Interesse der beiden kriegsführenden Parteien.

Polen und die Entente auf der einen, Sowjetrußland auf der anderen Seite, führen neben dem eigentlichen Krieg einen bemerkenswerten diplomatischen Feldzug. Während England und Frankreich Offiziere, Diplomaten und Kriegsmaterial nach Warschau schicken, hat Sowjetrußland Kamenew und Krasin nach London geschickt, die dort mit Lloyd George unterhandeln.

Lafont ist einer der drei französischen Sozialisten, die während des Kerenskyregimes nach Rußland gingen, um im Namen der sozialistischen Partei Frankreichs den sowjetischen Rußland neue Kriegsbegeisterung einzuflohen, und zurückzukehren, als zum Frieden bekehrte Lauffe. Diesmal ist Lafont — so sagt man wenigstens — nach Rußland gefahren als Quartiermacher der gemäßigten französischen Eisenbahner, die nach dem russischen Vorderlande auszuwandern wollen, angelockt von der Reklame der „Humanité“.

„Der von Polen verlangte Waffenstillstand ist für die Reorganisation unserer Armee notwendig. Die Armee ist nicht vernichtet. Sie ist gezwungen worden, sich zurückzuziehen, wegen Munitionsmangels. Die Ankunft von neuer Munition ist verzögert worden infolge der Blockade (!), die Deutschland und die Tschechoslowakei gegen Polen durchgeführt haben. Der Hafnarbeiterstreik von Danzig verbohllständigigt jetzt diese Blockade, aber wir sind mit den Nachbarländern und insbesondere mit Deutschland in Unterhandlungen.“

Dank der Vermittlung der Ententemächte wird Polen gegen einige Konzeptionen in Schlesien von Deutschland einen großen Teil der Munition und Waffen erhalten, die nach dem Vertrag von Versailles den Alliierten

ausgeliefert werden sollten. Wenn diese Munition angekommen ist, werden wir zur Wiederaufnahme des Kampfes bereit sein. In Menschen fehlt es uns nicht. Der Bormarsch der Sowjetisten hat eine große politische Woge in Polen hervorgerufen und Tausende von Freiwilligen eilen unter die Fahne. Was wir brauchen, ist also Zeit gewinnen, und die wird uns der Waffenstillstand geben.

So Daszynski nach der „Humanität“, oder nach Lafont, was wohl dasselbe sein dürfte. Mit diesem furchtbaren Geheimnis beladen, fuhr Lafont nach Moskau. Hat er den Mund nicht halten können oder wollen? Genug, er hat es Sadoul anvertraut und, unter dem Siegel der Vertraulichkeit, in der „Humanität“ veröffentlicht. Trotzky empört darüber, daß er beinahe reingelegt worden wäre, hat Lafont ausgewiesen und — die Einstellung der Friedensverhandlungen abhängig gemacht. Warum er Lafont ausgewiesen, der ihm doch einen unschätzbaren Dienst erwiesen hat, ist nicht recht ersichtlich. Oder soll dieser Dienst, der einen eigentümlichen Reizgeschmack hat, durch die Ausweisung verdunkelt werden? Hat Lafont, der als Adokat weiß, daß Geständnisse von Klienten als Geheimnisse zu behandeln sind, zur Bedingung gemacht, daß er für die „Verschweigung“ dieses Geheimnisses ausgewiesen wird? Damit beirätet Trotzky nämlich die Ausweisung!

Man kann sich auch fragen, wie weit Daszynski auf die Redseligkeit Lafonts gerechnet hat. Denn daß sein Geständnis eine gute Portion Bluff enthält, liegt auf der Hand. Soweit Deutschland in Frage kommt, zweifeln wir nicht daran, daß Daszynski geblüffelt hat. Immerhin ist zu wünschen, daß Simons sich dazu klar und unzweideutig äußert. Hat Daszynski mit Deutschland geblüffelt, um Trotzky in den Glauben zu versetzen, Deutschland unterstülze heimlich Polen? Hat Daszynski damit geredet, daß Trotzky, dadurch irreführt, die ostpreussische Grenze überschreiten würde, wodurch die Entente den Vorwand hätte, Deutschland als Durchgangsland für Munitions- und Transporttransporte zu benutzen?

Jede dieser Möglichkeiten enthält eine Wahrscheinlichkeit. Wir haben vorläufig nur die Gewißheit, daß man Deutschland in den Krieg zu verwickeln sucht. Das Gebot der Stunde ist also nicht allein die Wahrung unserer Neutralität, sondern ein dreifach gepanzertes Mikstron gegen alle Enten, die aufplattern, so „vertrauenswürdig“ und „offiziell“ auch ihre Quelle sein mag. Im übrigen dürfte die Episode Lafont noch ein Nachspiel haben. —

Nationale Heuchelei.

Reaktionäres Geschrei über die „Nebenregierung“.

Der Aufruf der drei sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften zur Wahrung der deutschen Neutralität löst in der rechtschreibenden Presse Lobhudeleien aus, die so recht zeigen, wie es, in Wirklichkeit um die „nationale“ Gesinnung der Herrschaften steht.

Zunächst äußert diese Presse starkes Unbehagen darüber, daß wenigstens in dieser Frage eine Einigung der Arbeiterklasse erzielt worden ist. Alle wühelnden und höhrenden Bemerkungen über diese Tatsache beweisen nur, wie ungemein die Einigkeit des Proletariats auf der Rechten gefürchtet wird. Selbst die schöne Stillschichte des Herrn Hauptmann a. D. Georg Förtisch in der „Kreuzzeitung“, daß die Sozialdemokratie „im Fahrwasser der Kommunisten marschiere“, vermag unsere Ueberzeugung, daß der Aufruf gut und notwendig war, nicht zu erschüttern.

Als besonderes Argument wird mit anglistischer Gebärde von „Kreuzzeitung“, „Täglicher Rundschau“, „Deutscher Tages-

zeitung“ usw. die Besorgnis vor Verwicklungen mit der Entente ins Treffen geführt. Schau einer an, wie vorsichtig die Herrschaften in dieser Beziehung plötzlich geworden sind. Wenn ein dummer Junge die Triflore vom Gebäude der französischen Botschaft reißt, wenn ein französischer Soldat in den Straßen Berlins von einer fanatisierten Menge erstochen wird, dann schreien diese jetzt so besorgten Blätter Hurra und verlangen die Ablehnung jeder Genugtuung, ganz unbekümmert um die Verwicklungen, die sich aus solchen sinnlosen Affekt-handlungen ergeben könnten! Wenn aber die Arbeiterklasse etwas Blamäzöses und Wohlüberlegtes tut, was wirklichen Erfolg verspricht, dann zittern die „nationalen“ Herrschaften vor der Vergeltung der Entente! Diese heuchlerische Haltung wird durch nichts besser beleuchtet, als durch die Ausführungen, die Prof. Dr. Otto Hoegsch, deutschnationaler Abgeordneter für den Reichstag und die Preussische Landesversammlung, in der „Post“ macht und die in diametralen Widerspruch zu dem Geistes seiner sonstigen Gesinnungsgenossen stehen. Professor Hoegsch schreibt:

Noch ist die deutsche Grenze im Osten nicht vom russisch-polnischen Kriege berührt und verlegt, noch sind auch Anforderungen der Entente nicht an uns ergangen, die deutschen Eisenbahnen zum Transport von Truppen und Kriegsmaterial freizugeben. Würde das erzwungen, so würde ein neutraler Staat zur Operationsbasis für eine Kriegspartei gemacht und von der anderen Kriegspartei dann als feindlich betrachtet. Im Streit würden sich die deutschen Eisen- und Transportarbeiter dagegen entschieden wehren. Was alles das für unser Vaterland in seiner heutigen Lage bedeuten würde, braucht nicht ausgemalt zu werden.

Es bedarf auch keines Wortes, daß sich Deutschland mit dem Letzten, was es hat, dagegen wehren muß, wie im Dreißigjährigen Kriege das Schlachtfeld Europas zu werden.

In Spa traten in der Rede des Abg. Gué die deutschen Bergarbeiter auf den Plan der großen Politik, mit der Ueberwachung und Kontrolle fremder Militärtransporte in Deutschland tun jetzt die deutschen Eisen- und Transportarbeiter das gleiche in ihrem Interesse, aber sie handeln damit auch für Deutschland und für die Erhaltung der deutschen Reichseinheit.

Nach dieser hohen Anerkennung aus gegnerischem Munde erübrigt sich jede weitere Diskussion mit den sonstigen alldeutschen Feindbilden über die außenpolitische Bedeutung des Aufstus. In Wirklichkeit ist auch der außenpolitische Gesichtspunkt nur ein vorgeschobener. Für die Deutschnationalen handelt es sich um etwas ganz anderes, was die „Kreuzzeitung“ ausdrückt, wenn sie ihren Artikel überschreibt: „Die sozialistische Nebenregierung“, und die „Deutsche Tageszeitung“ mit Ausdrücken wie „auf dem Wege zur Räterepublik — Verräterisierung (!) Deutschlands auf kaltem Wege — Verzicht politischer Machtaneignung“ usw. Die Herrschaften murrt es einfach, daß die Arbeiterklasse sich einmal wieder, sobald sie geschlossen ist, als stärkster Machtfaktor in Deutschland erweist, und diese Macht der Arbeiterklasse ist es, die sie mit grimmigstem Haß bekämpfen, wenn sie damit auch im vollsten Sinne des Wortes — trotz aller patriotischen Drapierungen — antinationale Politik betreiben.

Für die Neutralität!

Konferenz der sozialdemokratischen Bezirksleitungen Niederrhein.

Essen, 9. August. Die Konferenz der sozialdemokratischen Bezirksleitungen für das westliche Westfalen und den Niederrhein, die unter Teilnahme von Vertretern des Bergarbeiterverbandes am Montag in Essen tagte, schloß sich in der Frage der deutschen Neutralität in dem russisch-polnischen Kriege dem Aufruf des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und der Sozial-

demokratischen Partei vom 7. August an. Einmütig nahm die Konferenz ferner folgende Entschlieung an:

Die Konferenz nimmt mit Besorgnis Kenntnis von dem Bericht der Bergarbeiterorganisation über die Lage im Bergbau. Die Auslegung der Richtlinien für die Betriebsräte durch die Hochverwaltungen hat große Erregung in der Bergarbeiterklasse hervorgerufen. Konflikte sind nicht zu vermeiden, wenn die Unternehmer nicht auf die tatsächliche eingetragene Verkürzung der Rechte der Betriebsräte verzichten. Die Folge dieses Vorgehens des mangelhaften Entgegenkommens der Unternehmer in der Lohnfrage hat schon heute, auf ihr Drängen auf Schlichtungsvermittlung, zu vielfacher Verweigerung von Uebereinstimmungen geführt. Trotz einem für ganz Deutschland verhängnisvollen Kohlenkonflikt ist hieran nichts zu ändern, wenn nicht die Regierung schleunigt für einen Ausgleich sorgt, der dauernd und gründlich nur durch schleunige Sozialisierung des Bergbaus erfolgen kann. Die Folgen des Diskrets von Spa machen sich schon heute durch unheimlich steigende Arbeitslosigkeit in der Industrie bemerkbar. Dieser Entwicklung kann nur Einhalt getan werden, durch verständnisvolles Eingehen auf wahlberechtigte Wünsche der Bergarbeiter; dann werden auch die letzteren dem bringenden Appell der Industriearbeiter Folge leisten können, sie vor Arbeitslosigkeit und Hunger zu schützen, durch Aufrechterhaltung und Steigerung der Kohlenproduktion. Verfümt die Regierung, was von ihr auf diesem Gebiete dringend gefordert werden muß, so ist sie für alle Folgen verantwortlich.

Auf Frage des Steuerabzuges: Die Konferenz hält den Steuerabzug auch nach den letzten Erleichterungen für eine schwere Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sie unterstützt die Auffassung des Reichsfinanzministers, daß eine Schwelge der Einkommensteuer durch die Arbeiterklasse die endgültige Katastrophe für Deutschlands Finanzwesen bedeuten würde. Die Konferenz hält aber eine vollständige Prüfung für notwendig, da gegenüber dem durch Arbeitslosigkeit verminderten Einkommen noch besondere Erleichterungen geschaffen werden können. Sie fordert weiter, daß die Eingehung der Steuer vom Besitz und von den nicht aus Arbeitsverdienst kommenden großen Einkommen rascher und energischer durchgeführt werde, als das jetzt infolge der langsame technischen Verwaltung geschehen ist. Sie fordert ferner, daß die Steuergesetze gründlich nachgeprüft werden auf die Sonderverträge, die verschiedenen Schichten der bestehenden Bevölkerung durch den jetzigen Inhalt des Steuergesetzes geführt werden.

In Bonn fand am Sonntag eine stark besuchte Versammlung statt. In der der Abg. Genosse Soliman den Ausdruck des Generalsstreiks in Aussicht stellte für den Fall, daß zur Unterstützung polnischer Truppen oder Kriegsmaterial durch Deutschland transportiert würden. Dieser Fall würde sofort eintreten, wenn die deutsche Regierung nicht stark genug sein werde, einem derartigen Ansturm entgegenzutreten.

Was nützt das?

Der Reichspräsident hat der nunmehr aufgelösten Tribüne Döberich in einem an den General Reinhardt gerichteten Schreiben seinen Dank ausgesprochen. In diesem wird die treue Pflichterfüllung und die unbedingte Zuverlässigkeit der Truppe gerühmt.

Dieses Dankschreiben läßt nur die Tatsache um so schmerzlicher in die Erscheinung treten, daß gerade diese Truppe wegen der Herabminderung aufgelöst wurde. Genosse Ebert hätte sich ein größeres Verdienst erworben, wenn er statt eines wohlklingenden Dankschreibens seinen Einfluß dafür eingesetzt hätte, daß diese Truppe der Republik erhalten blieb und statt dessen die Ehrhard-Reuterer und die unzuverlässigen Soemmerfeld-Reaktionäre aus der Reichswehr herausgeschafft worden wären.

Die gestörten Reichsaufseher, Stuttgart, 9. August. (M.) Die in den Daimlerwerken vor einigen Tagen erfolgte Herabsetzung von drei Militärautos hat sich als ein Vorgehen mit patriotischem (?) Einschlag herausgestellt und dem Reich einen Schaden von drei Millionen Mark verursacht, da die Autos von der Militärverwaltung bereits übernommen waren.

meinkraft zu übernehmen und zu führen, sowie Beiträge dafür zu leisten. Im Fall der Bedürftigkeit der Gemeinden sollen Zuschüsse des Reichs und der Länder gewährt werden.

Reinhardt ein Opfer — der Lustbarkeitssteuer? Geht er oder geht er nicht — das ist immer noch die Frage. Daß Reinhardt, der schöpferische Ausgestalter deutschen Bühnenwesens, zugleich ein Faktor seiner kapitalistischen Entwicklung, nicht definitiv Abschied nimmt, nicht von Berlin und erst recht nicht von der Bühne, darüber ist kein Zweifel. Aber obwohl er den Kreis seiner wesentlichen künstlerischen Begabung umschritten zu haben scheint, wäre sein plötzlicher Verlust für Berlin natürlich von erheblicher Bedeutung.

Charakteristisch ist es immerhin, daß jetzt als Grund der Flucht aus dem Wirkungsbereich seines Aufstiegs und seiner Erfolge, die Theatersteuer angegeben wird. Seine drohende Abdankung scheint als letztes Mittel gegen diese einnahmehindernde und evtl. auch funktionsbedingende einschneidende Maßnahme ausgespielt zu werden. Was der finanzielle Zusammenbruch an schweren Opfern dem Theaterunternehmer auferlegt, sollte immerhin für den Künstler Reinhardt keine letzte Entscheidung bedeuten. Und schließlich werden Reinhardts Nachfolger auch existieren und künstlerisch auswirken müssen. Zudem hat die Dynastie Reinhardt genug akkumuliert; wenn sie jetzt das Risiko der verfallenen Konjunktur nicht tragen will, so wird man es beklagen, daß der Regisseur und Direktor Reinhardt in Personalunion mit dem Unternehmer verbunden ist, aber geschäftliche Maßregeln weder eifrig noch ästhetisch auswerten wollen.

Die Zeiten der reinen Theaterunternehmerhaft scheinen erfüllt: der gemeinnützige, der gesellschaftliche Betrieb ist zerfallen, sie zu ersetzen. Auch hier drohen dem individualistischen System Konflikte, die freilich löslich sind, wenn der Wille, der Gesamtheit in neuen Formen zu dienen, vorhanden ist.

Das Verwundene Sals. Der Wohnitz des deutschen Kaisers befindet sich im holländischen Villenort Doorn, wo er sich das „Huis te Doorn“ hat ausbauen lassen. Dieser Aufenthalt hat nichts von einem Verbannungsort an sich. Doorn ist nach der Schilderung von Felix Faunmann in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ ein eleganter Villenort, den man im wahren Sinne des Wortes als Gartenstadt bezeichnen kann. Ein Teil liegt gang in einem großen Park eingebettet; überall breitet sich eine verblühende Blumenpracht, und inmitten dieser Naturherrlichkeiten erheben sich Schloß und Villen. Vorher an der isoliert stehenden Kerne alten historischen Kapelle, die zum „Huis te Doorn“ gehört, so schilbert der Besucher, gelangt man nach wenigen Minuten zum Hauptingang der Besitzung. Zur Einfahrt führt ein kleines Gebäude mit der Hauzeinschrift „Vedetta“ (Schloßwache), das früher als Gärtnerwohnung gedient hat. Die eine Türschwelle besagt, befindet sich hier das „Hofmarschallamt“. Nach der Befragung des neuen, im holländischen Stil gehaltenen Försterhauses wird die einstufige Gärtnerwohnung vom Erdboden verschwinden. Eine von einem Polizisten bewachte schwarze Holzbrücke, die hier den des Postkuts entlassenen Wassergraben überbrückt, bezeichnet den Hauptweg nach dem neuen Heim des früheren Kaiserthores. Der Eintritt ist strengstens verboten. Was sofort ins Auge fällt, ist das gegen 3 Meter hohe graue

Ignaz Daszynski.

Der jetzige polnische Botschafter ist in der sozialistischen Internationalen wohlbelannt und hat an vielen ihrer Kongresse seit 1890 teilgenommen. Er stammt aus der Herrscherklasse der polnischen Adelsrepublik Galizien, in der auch unter der österreichischen Herrschaft das polnische Junkertum als Großgrundbesitzer, Verwaltungsbeamte, Richter und Professoren die beiden Völker des Landes, Polen und Ukrainer, beherrschte und mißbrauchte. Gerade in dem weitläufig überwiegend ukrainisch-österreichischen Galizien ward er vor etwa 55 Jahren als Sohn eines I. L. Bezirkskommissars geboren — eben in Wodolien, dessen Grundbesitz stets als der reaktionärste Teil des polnischen Adels gepolten haben. Daszynski war schon als Junge revolutionär; er wurde aus dem Gymnasium ausgeschlossen, studierte aber trotzdem, zum meist in der Schweiz, an verschiedenen Hochschuleinrichtungen. Mit Feuerkraft warf er sich in die sozialistische Bewegung, zu deren bedeutendsten und erfolgreichsten Vorkämpfern er gehört. Nicht nur in Polen. Zu Beginn der neunziger Jahre leitete er das polnische Arbeiterblatt, das in Berlin herausgegeben wurde, und bald traf ihn die Ausweisung aus Preußen. Einmal wurde er in russisch-Polen gefangen und sah dann sieben Monate in Kustust fest. Die Zahl seiner Kämpfe mit den politischen Behörden ist Legion. Unzählige Male stand er vor Gericht. Freilich die Geschworenen, die in Oesterreich für Verbrechen zuständig sind, haben ihn kaum jemals verurteilt, denn auf die Richter aus dem Volke wollte die unvergleichliche Rednergabe, die ihm eigen ist.

Man lernte sie auch in der Doppelmonarchie und im ganzen deutschen Sprachgebiet kennen, als Daszynski 1897 aus seinem Wohnitz Krakau in das Abgeordnetenhaus nach Wien entsendet wurde. Damals war ein polnischer Bauernkandidat verhaftet und trotz seiner Wahl nicht freigelassen worden. Da ergriß Daszynski gleich in der ersten oder zweiten Sitzung das Wort zu einer Anklage gegen den Ministerpräsidenten Wodeni, seinen engeren Landsmann, und gegen die galizischen Wahlmänner, deren Uebelung nun nicht so bald von der Tagesordnung verschwinden sollte. Der hochgewachsene schlank Voge war fortan, da Viktor Adler unterlegen war, der Hauptredner der Fraktion. Es war ein feindseliges Schauspiel, wenn Daszynski im Kampf mit der ungewohnten deutschen Sprache stets den zureichendsten und schärfsten Ausdruck fand. Eine tiefe Stimme von seltenem Klang, Bewegungen von sprechender Kraft und die ganze ungewöhnliche Erscheinung machten Daszynski zum geborenen Redner, derangesehen es nicht allzu viele gibt.

Als der Krieg ausbrach, entstand in Galizien die polnische Legion, die mit der Habsburger Armee gegen Rußland kämpfte und alsbald in bestigen Konflikt mit den preussischen Militärs geriet. Daszynski war natürlich für die Legion tätig, die der jetzige Staatspräsident und Marschall Pilsudski, gleichfalls ein alter

polnisch-sozialistischer Kämpfer, noch unter dem zaristischen Terror mit aufgestellt hatte. Der Zerfall der österreichischen Sozialdemokratie in ihre nationalen Bestandteile hatte Daszynski und die P. P. S. eher als Wegener gefunden, indessen loderte er schließlich doch auch ihre Verbindung mit Wien. Als nach jahrelanger Verdrängung durch den Abolitionismus nach dem Tode Franz Josephs das Parlament wieder tagen durfte, hörte man aus Daszynskis Anklagereden gegen die schwarze Wälderbewüstung und besonders gegen die deutsche Okkupation in Konarhpolen die nationalen Töne doch weit stärker heraus, als je zuvor.

Im neuen Polen hand er in Opposition gegen den Imperialismus. Wie er und seine Parteigenossen sich zu den vertriehen Einzelheiten des Werks von Versailles gestellt haben, insbesondere zur Unterjochung der Slawen unter polnische Fremdherrschaft und zu all den Schandthaten, die die polnische „Verwaltung“ an unseren Kollegen verübte, ist uns nicht bekannt, doch will es gerade uns nicht in den Kopf, daß dieser Mann Annehmung und Rechtsbruch gestillt haben könnte.

Als Führer der P. P. S. und als „Sozialpatriot“ hat Daszynski schon lange vor dem Krieg die heftigsten Anfeindungen der „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen“ (S. D.) erfahren, deren bekannteste Wortführer Nola Luxemburg und Karl Kadel gewesen sind. Die eine ist tot und der andere tritt nun vielleicht gar als Unterhändler Sowjetrußlands Polen wie ein Sieger dem Besiegten entgegen. So klar unsere Stellung gegen das Polen der Unterdrückung und der Ländergeier ist, so unzweifelhaft ist uns das unbedingte Recht des polnischen Volkes auf sein eigenes staatliches Sein. — 2.

Von der deutschen Wandertheaterkonferenz. Die vom Theaterkulturbund — Gruppen Heidelberg und Stuttgart — Ende Juli nach Heidelberg einberufenen, vom Theaterreferenten Dr. Ludwig Seelig geleitete deutsche Wandertheaterkonferenz sprach sich einmütig für die Wandertheater aus. Sie sieht in der Versorgung des ländlichen Landes, der mittleren und kleineren Städte und der Industriegebiete mit guter Theaterkunst eine der wichtigsten Kultur- und Volksehrungsaufgaben und erklärt daher folgende Maßnahmen für dringend erforderlich: 1. ein Reichstheatergesetz, durch das die planmäßige Ordnung des Theaters geschaffen und die Interessen der gemeinnützigen Wandertheater genügend geschützt werden. Dazu gehört vor allem die zeitgemäße Reform des Schlesienslandtheaters im Sinn der Verschärfung der Erlaubnisbedingungen, Durchführung des Bedürfnisprinzips usw. 2. Die Gewährung von geistlichen Beihilfen und Naturalleistungen durch das Reich, die Länder und Gemeinden zwecks Gründung und Führung gemeinnütziger Wandertheater. 3. Die Befreiung der gemeinnützigen Wandertheater von Vergütungs-, Umlage- und Körperschaftsteuer sowie die Gewährung von Vereinfachungen auf diesen Theatern. 4. Der Ausbau des Konsumvereinsgesetzes nach der Richtung, daß die Gemeinden auch von den Landesregierungen verpflichtet werden können, Wandertheater in Ge-

Die Erwerbslosenfürsorge.

Die Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge haben in letzter Zeit mehrfache Veränderungen erfahren. Da die Befürchtung besteht, daß in nächster Zeit durch einen Niedergang unseres wirtschaftlichen Lebens und damit zusammenhängende umfangreichere Entlassungen von Arbeitnehmern die Zahl der Erwerbslosen anschwellt, so seien die wichtigsten geltenden Einrichtungen der Fürsorge zusammengestellt. Die Forderung der einschlägigen Vorschriften verfolgte in der letzten Zeit den doppelten Zweck, einmal mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebensverhältnisse eine Erhöhung der Unterstüßungen vorzunehmen, andererseits aber auch einen weiteren Ausbau der Erwerbslosenfürsorge in ihrer heutigen Form, namentlich in der Richtung der Arbeitsbeschaffung, durchzuführen. Wagt doch auch ein gewisser Widerstand darin, daß hunderttausende von Arbeitskräften beschäftigungslos sind und von Reich, Staat und Gemeinde Unterstüßungen beziehen, während wir andererseits an einer großen Warenknappheit leiden, die stündlich die Preise für alle Gegenstände des täglichen Lebens weiter in die Höhe treibt.

Zunächst bleibt es nach wie vor Pflicht der Gemeinden, eine Fürsorge für Erwerbslose einzurichten, soweit ein Bedürfnis dazu besteht. Die Festsetzung der Höhe der Unterstüßung ist Sache der Gemeinden. Der bisher für sie vorgeschriebene Mindestbetrag in Höhe des Ortslohns ist in Fortfall gekommen. Dagegen sind hinaufgesetzte Höchstsätze eingeführt worden und es kann dort, wo der Ortslohn höher sein sollte, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Unterstüßung auf den Betrag des Ortslohns gebracht werden. Die Höchstsätze sind nach Ortsklassen gegliedert, die mit denjenigen übereinstimmen, die für die Gewährung von Ortszuschlägen für die Reichsbeamten aufgestellt sind. Die Höchstsätze betragen für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, für die Ortsklassen A 8 M., B 7 M., C 6 M. und D und E 5 M. täglich. In denselben Abteilungen betragen die Sätze für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie mit einer anderen Person den Haushalt teilen, 7 M., 6,25 M., 5,50 M. und 4,50 M. Für die entsprechenden Gruppen weiblicher Personen betragen die Sätze 6 M., 5,25 M., 4,50 M. und 2,50 M. Für männliche Personen unter 21 Jahren betragen die Höchstsätze in den genannten vier Ortsklassen 5 M., 4,50 M., 3,50 M., 2,25 M. und 2 M. Hierzu werden Familienzuschläge gezahlt und zwar für den Ehegatten 3 M., 2,75 M., 2,50 M. und 2,25 M. und für je ein Kind und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 2 M., 1,75 M., 1,50 M. und 1,25 M. Diese Zulagen, die ein Erwerbsloser erhält, dürften insgesamt das Andertel der ihm gewährten Unterstüßung nicht übersteigen.

Der Gemeinde werden von dem Gesamtaufwand für die Erwerbslosenfürsorge vom Reiche sechs Zwölftel und vom zuständigen Lande vier Zwölftel erlegt. Die Gemeinde braucht also nur zwei Zwölftel aus eigenen Mitteln zu zahlen, die ihr in besonderen Notfällen auch noch erstattet werden können. Die Fürsorge soll nach wie vor nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 16 Jahre alten Personen gewährt werden, die sich infolge des Krieges durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Erwerbslosigkeit ist nicht als Kriegsfolge anzusehen, wenn sie durch Ausstand oder Aussperrung überwiegend verursacht ist. Jedoch kann in solchen Fällen frühestens nach vier Wochen Unterstüßung gezahlt werden.

Zu den neuen, die Fürsorge einschränkenden Bestimmungen gehört die, daß die Unterstüßung allgemein nur für einen Zeitraum von 26 Wochen gewährt werden darf. Eine erneute Fürsorge kann nur gewährt werden, wenn weitere 26 Wochen verstrichen sind, gleichviel ob der Erwerbslose inzwischen gearbeitet hat oder nicht. Für Angehörige von Verufen, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt auf-

weisen, kann nach besonderen behördlichen Anordnungen eine Beschränkung der Unterstüßungsdauer auf 13 Wochen eintreten. Weiter gelten jene Personen, die wegen einer 66% Proz. übersteigenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit eine Rente beziehen, als nicht arbeitsfähig und haben keinen Anspruch auf Unterstüßung. Es steht auch nicht mehr im Ermessen der Gemeinden, ob sie die Fürsorge erst nach einer kurzen Wartezeit gewähren wollen, sondern es ist jetzt, von einigen Ausnahmefällen abgesehen, eine Wartezeit von mindestens einer Woche unbedingt vorgesehen. Au fremde, im Haushalt eines Erwerbslosen sich aufhaltende Personen dürfen Unterstüßungen nicht mehr gezahlt werden. Unterstüßungen, die ein Erwerbsloser auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht sowie Rentenbezüge sind für die Beurteilung der Bedürftigkeit zur Hälfte in Betracht zu ziehen und in diesem Umfange auf die Unterstüßung anzuzurechnen.

Die sogen. produktive Erwerbslosenfürsorge hat eine Verbesserung erfahren. Sie besteht in der Unterstüßung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Erwerbslosen schnellstens in geeignete Beschäftigung zu bringen. Zu dem Zwecke können Darlehen oder Zuschüsse aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden. In Frage kommt hier die Veranstaltung von Kursen zur Berufsumlernung (für die der „Unlernezuschuß“ erhöht worden ist), die Durchführung von Notstandsarbeiten, bei denen die Gemeinden von Zuschüssen befreit werden können, usw.

Eine große Bedeutung hat gegenwärtig die sogen. „Kurzarbeiterunterstüßung“. Diese ist wie seither geliebt. Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnverzögerungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 70 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes den Unterstüßungsbetrag der Woche bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstüßung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch zusammen nicht mehr als den bisherigen Arbeitsverdienst bei voller Arbeitszeit. Auf Grund anderweiter Vorschriften sind bestimmte Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitszeit auf eine Mindestzahl von Stunden zu beschränken, bevor Entlassungen von Arbeitern vorgenommen werden dürfen. Namentlich dieser Bestimmung ist es mit zu danken, wenn seither die Arbeitslosigkeit noch keinen größeren Umfang angenommen hat.

Groß-Berlin

„Menschen sind eine schreckliche Einrichtung“.

„Menschen sind eine schreckliche Einrichtung“, sagte Philipp Hängelippe, ein auf allen vier Weinen koputter Nietsdrofchengaul, der gemeinsam mit Max Spigohr an einer Berliner Straßenecke stand. Max Spigohr, nach der Façon: „Ich bin vom Land ein dralles Kind“, ein kräftiger Haibbläter, war vor einem Leichten Wagen gespannt.

Max hatte viel Umgang mit Menschen gehabt, und da Fehler durch Gewohnheit gemildert und schließlich sogar mit dem Glorienschein des Rechts umgeben werden, so dachte er etwas anders über die Menschen als Philipp Hängelippe. Darum sagte er auch begütigend: „Philipp, Du mußt bedenken, Menschen sind anders geartet, sie haben eben einen böserigen Charakter, darum sind sie doch auch Menschen und keine Tiere. Zudem haben sie auch schlechte Augen, denn sie sehen alle Dinge anders, als sie in Wirklichkeit sind.“

„Was quälst die Menschen immer“, sagte bitter Philipp Hängelippe.

„Ja, Du bist auch Arbeitsmaterial und ich bin Kapitalverchiebung und Steuerhinterziehung, antwortete bestimmig Max Spigohr. „Meines Herrchen einzige Arbeit ist, mich zu leiten, und die fällt ihm schon oft schwer genug. Er versteht nichts davon, und ich spiele ihm gerne mal einen Streich, aber ich bin gut erzogen, und man weiß doch schließlich,

was man seiner Erziehung schuldig ist, daher gehe ich immer korrekt. Die Freundin meines Herrchen freilich möchte ich mal gerne belecken, denn sie muß das feinste Kuchenmehl auf ihrem Gesicht haben.“

„Ach, und ein Pferd haben die Menschen neulichst verhungern lassen“, seufzte Philipp Hängelippe. „Es fiel auf der Straße tot um. Und da guckte der Rutscher in den Futternapf und sagte, es fröh in der letzten Zeit auch nicht mehr. Als ob Strohh und verkaufte Wurzeln ein Futter für schwerarbeitende Pferde wären.“

„O, Menschen fallen auch vor Hunger auf der Straße um“, erwiderte Max Spigohr, „man sagt doch, sie haben Schwäche, und wenn dann ein Bett frei ist, dann kommen sie in ein Krankenhaus und man interessiert sich dort für den Inhalt ihres Magens und ihrer Gedärme.“

„Wenn ich vor einer Pumpe Halt mache, lassen sie mich nicht einmal trinken“, jammerte Philipp Hängelippe.

„Ja, weißt Du, die Menschen wissen nicht, daß wir Pferde nur trinken, wenn wir Durst haben“, beschwor Max Spigohr. „Menschen trinken immer, und wenn sie zu viel trinken, dann werden sie krank und liegen hilflos auf der Straße, umflammern den roten Mist, an dem „Haltestelle der Straßenbahn“ steht und schluchzen: Liebe Kitty komm' doch mit nach Hause.“

„Neulichst habe ich mich auch über ein Maultier geärgert“, sagte nach einigem Sinnen Philipp Hängelippe, denn es trug ein Schild: Schlägt und beißt. Dabei ist doch nur seine Mutter ein Pferd, und schlagen und beißen dürfen sich doch nur die Vollblüter, die Mitglieder der Pferdearistokratie.“

„Ja, weißt Du, Gselarten haben immer etwas Menschliches an sich“, meinte Max Spigohr. „Denke nur mal an die Kriegsgewinnler, sie haben doch alle die Lasten der Aristokratie angenommen.“

Inzwischen stieg in Max Spigohrs Wagen ein fester Herr und dessen elegante Dame.

„Ich bleibe dabei: Die Menschen sind eine schreckliche Einrichtung, sie sind roh“, troste Philipp Hängelippe. „Die Menschen selbst nennen das christliche Nächstenliebe“, überlegte das Max Spigohr.

Dann zog er an und machte — aus eigenem Antriebe — einen weiten Bogen um einen einbeinigen Kriegsbeschädigten, der angstvoll an seinen Krücken über die Straße hastete.

Erna Bösing

Welche Obstpreise sind berechtigt?

Aufklärung der Verbraucher über die Obstpreisgestaltung.

Die in der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg tagende „Arbeitsgemeinschaft zur Prüfung der Preisverhältnisse auf dem Obstmarkt“ beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Gartenbaudirektors Grobhen in ihrer gestrigen Sitzung mit der Frage der erforderlichen Preiszuschläge für Groß- und Straßenhandel, nachdem in der vorigen Besprechung über die Bestehungslosten der Erzeuger und den Zuschlag des Kleinhandels eine Einigung erzielt worden war. Der Großhandel hatte zur gestrigen Konferenz eine ausführliche Berechnung vorgelegt, bei deren Besprechung an den Präzisen der Großhändler und dem Geschäftsjebaren mancher Kommissionäre lebhafter Kritik geübt wurde. Das Ergebnis der Beratungen kann der Ueberführung nur als Anhalt dienen, soll ihr eine Uebersticht über die ungeschätzten Kosten für Obst vom Erzeuger bis zum Verbraucher bieten. Die Preise für Obst würden sich nach den Beratungen der Kommission folgendermaßen zusammensetzen:

1. Jächterpreis für 50 Kilogramm, einchl. Pflücklohn, Verpackung und Fracht:
 - a) für Äpfel und Birnen in Tafelorten 150,— M.
 - b) für Wirtschaftäpfel und Birnen 70—90 —
 - c) für Herbstpläumen 100,—
 - d) für Johannis- und Stachelbeeren 100,—
2. Großhandelspreis (Jächterpreis + 15 Proz. Zuschlag):
 - a) für Äpfel und Birnen in Tafelorten 150 M. + 15 Proz. 172,50 M.
 - b) für Wirtschaftäpfel u. Birnen 70—90 M. + 15 Proz. 80,50—103,50 —
 - c) für Herbstpläumen 100 M. + 15 Proz. 115,—
 - d) für Johannis- und Stachelbeeren 100 M. + 15 Proz. 115,—
3. Kleinhandelspreis (Großhandelspreis + 33 Proz. Zuschlag):
 - a) für Äpfel u. Birnen in Tafelorten 172,50 M. + 33 Proz. 229,— M.
 - b) für Wirtschaftäpfel und Birnen 103,50 M. + 33 Proz. 137,65 —
 - c) für Herbstpläumen 115 M. + 33 Proz. 152,—
 - d) für Johannis- und Stachelbeeren 115 M. + 33 Proz. 152,—

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Hier schweigt die Kranke einen Augenblick nachdenklich, und ihr Mund zittert, als ob er durchaus lächeln möchte und doch nicht dürfte. „Ich hab heut nacht jemand rufen hören“, sagt sie. — „Sie ist nicht bei sich!“ flüstert Axel. — „Doch, ich bin ganz bei mir. Es war gerade, als ob jemand rief. Es kam aus dem Wald oder vom Bach her. Es war sonderbar, gerade wie das Schreien eines kleinen Kindes. Ist Barbro hinausgegangen?“ — „Ja“, sagte Axel, „sie will keine Narrheiten nicht länger mit anhören.“ — „Ich sprech keine Narrheiten, ich bin nicht so von Sinnen, wie ihr meint“, sagt Oline. „Rein, das ist nicht des Allmächtigen Wunich und Wille, daß ich jetzt schon mit allem, was ich von Maaneland weiß, zum Thron des Lammes eingeben soll. Ich werde wohl wieder gesund. Aber du sollst mir den Doktor holen, Axel, dann geht es schneller. Was ist das für eine Kuh, die du mir geben willst?“ — „Was für eine Kuh?“ — „Die Kuh, die du mir versprochen hast. Ist es Vorderlin?“ — „Du sprichst in den Tag hinein“, sagt Axel. — „Du weißt, daß du mir eine Kuh versprochen hast, damals, als ich dir das Leben rettete.“ — „Rein, das weiß ich nicht.“

Da hebt Oline den Kopf und schaut ihn an. Sie ist ganz glasköpfig und grau, ihr Kopf sitzt auf einem langen Vogelhals, sie sieht benennmäßig und fürchterlich aus. Axel fährt zurück und greift rückwärts nach der Türklinke. — „So“, sagt Oline, „du bist von der Sorte! Dann sprechen wir vorerst nicht mehr davon. Ich kann auch ohne die Kuh leben und werde sie nicht mehr in den Mund nehmen. Aber es ist gut, daß du dich genau als der Mann gezeigt hast, der du bist, so weiß ich es für ein andermal.“

Aber in der Nacht starb Oline, zu irgendeiner Stunde in der Nacht, jedenfalls war sie bereits kalt, als sie morgens zu ihr hereinamen.

Die alte Oline, — geboren und gestorben . . .

Es war weder Axel noch Barbro unlieb, daß sie Oline für immer begraben konnten, sie brauchten jetzt nicht mehr so auf der Wacht zu sein, sie konnten vergnügt leben. Barbro

flagt wieder über Zahmwel, sonst ist alles gut. Aber dieses ewige wollene Tuch um den Mund, das sie immer wegziehen muß, wenn sie ein Wort reden will, ist keine kleine Plage, und Axel kann das viele Zahmwel nicht begreifen. Er hatte wohl die ganze Zeit her ihre vorsichtige Art zu lauen beobachtet, aber es fehlte ihr doch kein Zahn im Mund. — „Hast du dir denn keine neuen Zähne machen lassen?“ fragt er. — „Doch.“ — „Ja, tun denn die auch weh?“ — „Spotte nicht so!“ erwidert Barbro erzürnt, obgleich er wirklich in gutem Glauben gefragt hatte. Und in ihrer Bitterkeit kommt sie dazu, bessere Auskunft zu geben: „Du siehst doch, wie es mit mir steht.“

Wie es mit ihr stand? Axel sieht etwas näher zu und bemerkt, daß sie bereits anfängt, einen dicken Leib zu bekommen. — „Du bist doch nicht in der Hoffnung?“ fragt er. — „Doch, das weißt du wohl“, erwidert sie. — Etwas vor den Kopf geschlagen starrt er sie an. In all seiner Langsamkeit sitzt er da und rechnet eine Weile: eine Woche, zwei Wochen, in der dritten Woche. — „Weiß ich das?“ sagt er. — Barbro ist sehr gereizt durch dieses Zwiegespräch und fängt an, laut hinauszuweinen, ja gekränkt zu weinen. „Du kannst mich nur auch gleich in die Erde hängen, dann bist du mich los!“ ruft sie.

Verwundigt, was die Weiberleute für Gründe zum Weinen finden können!

Rein, Axel will Barbro durchaus nicht in die Erde graben, er ist ein handfester Mann, der auf den Nutzen sieht; in einem Blumenflor zu waten, dazu hat er keine Lust. — „Dann kannst du im Sommer nicht auf dem Feld arbeiten?“ fragt er. — „Was, nicht auf dem Feld arbeiten?“ erwidert sie entsetzt. Und lieber Gott, worüber ein Frauenzimmer doch plötzlich wieder lächeln kann! Als es Axel auf diese Weise nahm, rieselte ein hysterisches Glücksgefühl durch Barbro's Körper, und sie rief: „Für zwei werde ich arbeiten! Du wirst leben, Axel, daß ich alles arbeite, wobei du mich anstellst, und noch viel mehr. Ich will mich abradern und noch vergnügt dabei sein, wenn nur du zufrieden bist!“

Es gab noch mehr Tränen und Lächeln und Härlichkeiten. Die beiden waren allein im Oedland, niemand war zu fürchten, offene Lüren, Sommerwärme, Fliegengejumm. Sie war so willfährig und hingebend, alles wollte sie genau so wie er.

Nach Sonnenuntergang ist Axel damit beschäftigt, seine Nähmaschine anzuspinnen, er will noch ein kleines Stück abmahnen für den nächsten Morgen. Barbro kommt haltig herausgelaufen, als ob sie etwas Wichtiges zu besorgen hätte, und sagt: „Du, Axel, wie hast du überhaupt daran denken können, dir jemand aus Amerika kommen zu lassen? Sie wäre ja erst bis zum Winter hier gewesen, und was hättest du da noch mit ihr angefangen?“ — Seht, auf diesen Gedanken war Barbro verfallen, und nun kam sie damit angelauten, wie wenn das notwendig wäre!

Aber es war keineswegs notwendig, Axel hatte von der ersten Stunde an eingesehen, daß er eine weibliche Hilfe für ein ganzes Jahr gewann, wenn er Barbro wieder zu sich nahm. Dieser Mann schwankt nicht, und er träumt sich nicht zu den Sternen hinauf. Nun hat er die eigene Frau im Hause und kann auch die Telegraphenlinie noch eine Zeitlang behalten. Im Jahre macht das doch viel Geld aus, und das ist ihm sehr willkommen, solange er nicht viel vom Ertrag des Hofes verkaufen kann. Alles geht und fügt sich ineinander, er ist mitten in der Wirklichkeit. Und von Brede, der jetzt sein Schwiegervater ist, erwartet er auf der Telegraphenlinie keinen Ueberfall mehr.

Das Glück fängt an, Axel mit seinen Gaben zu überschütten.

11.

Die Zeit vergeht, der Winter vergeht, es wird wieder Frühling. Natürlich mußte Axel eines Tages notwendig ins Dorf. Es wurde gefragt, was er dort wolle. „Ich weiß es nicht recht“, sagte er. Aber er pugte den Wagen leer rein, stellte den Stroh darauf und fuhr davon. Und natürlich hatte er verschiedene Waren für Elefeus auf Storborg bei sich. Es fuhr ja kein Wagen von Sellanraa ab, der nicht irgend etwas für Elefeus mitnahm.

Wenn Axel das Oedland hinunterfuhr, so war das kein unbedeutendes Ereignis; er selbst tat es nur selten. Sivert pflegte es an seiner Statt zu tun. In den zwei ersten Anstufungen stehen die Leute unter der Gammetür und sagen zueinander: „Das ist der Axel selbst, ich möchte nur wissen, warum er heute fährt.“ Als er nach Maaneland kommt, fliehet Barbro mit einem Kind auf dem Arm unter dem Fenster, und als sie ihn sieht, denkt sie: „Das ist der Axel selbst!“

(Fortf. folgt.)

Die Aktion der 2. Internationale.

Beschlüsse des Exekutiv-Komitees.

Genf, 8. August. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Das Exekutiv-Komitee der 2. Internationale hat sich Freitag vermittags konstituiert. Es hat seinen Ort aufgestellt und in Ausführung eines vom Kongress angenommenen Vorschlages von de Brodère eine fünfgliedrige Kommission (bestehend aus einem Engländer, einem Franzosen, einem Belgier, einem Holländer und einem Skandinavier) eingesetzt, die damit beauftragt ist, die Wirtschaftsverhältnisse in den Ländern Mittel-Europas zu untersuchen und sich zu ihrem Zwecke mit allen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen. Es hat endlich die drei Resolutionen, die ihm vom Kongress überwiesen worden sind, folgendermaßen formuliert:

I. Resolution über das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Im Augenblicke, wo der russisch-polnische Konflikt einen neuen europäischen Krieg zu entzünden droht, spricht der Kongress die Ansicht aus, daß alle Bemühungen der Arbeiterklasse dahin gerichtet werden müssen, den Frieden zu schaffen und zu befestigen, was nur möglich ist auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Zahlreiche Völker sind noch immer unterdrückt oder bedroht, ob es sich nun um Ägypten, die Völker Klein-Asiens oder des Kaukasus handelt. Die Unabhängigkeit dieser Völker muß sichergestellt werden.

An einzelnen Orten wird sogar die bereits erungene Unabhängigkeit durch bewaffneten Angriff bedroht.

Der Kongress, der gegen die gegen die Sowjet-Republik gerichteten Offensiven Protest erhebt, protestiert auch gegen die russische Okkupation von Gebieten, die anderen Völkern gehören, wie Aserbaidschan, dessen Unabhängigkeit anerkannt werden muß.

Er läßt die Untersuchungskommission, die sich nach Transkaukasien begibt, ein, einen Bericht über Aserbaidschan abzufassen, der ihm als Richtschnur bei späteren Aktionen dienen könnte.

Er protestiert gleichfalls gegen die Okkupation litauischer Gebiete durch Polen und gegen die Unterdrückung der Selbstverwaltungsgemeinschaften Litauens durch die russischen Besatzungsgruppen und er fordert nachdrücklich die Durchführung des zwischen Rußland und Litauen am 12. Juli 1920 abgeschlossenen Vertrages.

Er lenkt ferner die strengste Aufmerksamkeit aller Sektionen der 2. Internationale auf die Lage Polens, dessen Bestand bedroht ist. Dessen Unabhängigkeit seit jeder einen der grundlegenden Programmpunkte der 2. Internationale gebildet hat.

Er ist der Ansicht, daß ein gerechter Friede die Unabhängigkeit Polens sicher stellen muß, aber er protestiert gleichzeitig kräftig gegen jeden Versuch, die gegenwärtigen Ereignisse als einen Vorwand der Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands zu benutzen.

II. Resolution über die Kommission.

Der Kongress schließt sich den Schlussfolgerungen der Studienkommission an, die die Lage der Juden in Polen untersucht hat. Diese Schlussfolgerungen sind in dem dem Kongress vorgelegten Bericht folgendermaßen gefaßt:

Nachdem die Kommission das tatsächliche Vorkommen der Pogrome und der Greuel in den Jahren 1918 und 1919 festgestellt hat, erhebt sie dagegen neuerdings einen internationalen Protest.

Sie stellt fest, daß ihres Wissens, und abgesehen von den jüngsten, ihr nicht bekannten Ereignissen, seit der letzten Resolution der 2. Internationale eigentliche Pogrome nicht wieder vorgekommen sind; aber sie konstatiert, daß der Antisemitismus, der noch immer in Polen herrscht, zu neuen Unruhen in Polen führen könnte, wenn die polnische Regierung nicht energische Maßnahmen ergreift, um die tagtäglich von der Soldateska begangenen Ausschreitungen, die die flagranteste Vergewaltigung der menschlichen Persönlichkeit darstellen, einzudämmen. Sie erwartet von allen Ländern, wo Juden in großen Siedelungen beisammen wohnen, wie in Polen, daß sie die folgenden Forderungen durchzuführen:

1. Die vollständige bürgerliche und politische Gleichstellung;
2. Die gleichmäßige Behandlung der jüdischen Bevölkerung in den Ländern, die sich im Wiederaufbau befinden;
3. So, wie es in den herrschenden Staatsverträgen vorgesehen ist, sollen die Juden als eine Minderheit den internationalen Schutz gegen körperliche Verfolgung und wirtschaftliche Unterdrückung genießen.

4. Die Freiheit der Aus- und Einwanderung.

Die Kommission empfiehlt weiter, daß ein System der Selbstverwaltung auf Grund von Personenregistern in den Nationalstaaten geschaffen werden, die den Minderheiten der Rassen, der Sprachen und der Religion die Organisation ihrer Kultur und ihrer Gemeinden ermöglichen.

Sie nimmt Kenntnis von der Schaffung eines nationalen Zentrums der Juden in Palästina unter dem Schutze und der Kontrolle des Völkerbundes, die über die berechtigten Interessen der anderen Völker dieses Landes wachen und sie schützen soll. Sie hofft, daß die jüdischen Arbeiter in Palästina durch ihre Einigkeit und durch ihre Aktion es verstehen werden, eine sozialistische Republik zu verwirklichen.

III. Resolution über Ungarn.

Der Kongress begrüßt die Rückkehr der ungarischen Genossen zu den demokratischen Grundprinzipien der 2. Internationale. Er protestiert mit Entrüstung gegen den weißen Schrecken der Militäraktion, gegen die Verfolgung der Arbeiter, die in Gefängnissen und Internierungslagern schmachten, gegen die Todesurteile, die auf Grund einer Parodie eines Rechtsverfahrens gebracht werden und gegen, die Hinrichtung der Verurteilten.

In diesem Jahre bei Monatslöhnen nur für 10 Monate erfolgt, 433 M. einbehalten. Das steuerpflichtige Einkommen für 1920 berechnet sich dagegen auf mindestens 4200 M., wovon für 1920 488 M. an Einkommensteuer demnach zu erwarten sind.

Der Kongress begrüßt die Rückkehr der ungarischen Genossen zu den demokratischen Grundprinzipien der 2. Internationale. Er protestiert mit Entrüstung gegen den weißen Schrecken der Militäraktion, gegen die Verfolgung der Arbeiter, die in Gefängnissen und Internierungslagern schmachten, gegen die Todesurteile, die auf Grund einer Parodie eines Rechtsverfahrens gebracht werden und gegen, die Hinrichtung der Verurteilten.

Der Lohnabzug.

Zum Ausschneiden.

Mit dem 1. August tritt das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind schon erlassen worden.

Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Verlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgelegt und bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzusehen mit dem Werte, der sich aus den Lohnartikeln ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festlegung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als 5 M. für den Tag, 30 M. für die Woche und 125 M. für den Monat anzunehmen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Besoldungen, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Wertgegenstände, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angehörigen-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionenkassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsverrichtungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungelagerten Tage-, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes zum Steuerabzug frei. Diese Teile sind zu berechnen, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom 10prozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tageslohnberechnung 5 M. für den Tag, sowie je 150 M. für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 M. für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 M.; bei Monatslohn 125 M. für den Monat und je 40 M. für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Hebersteigt unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 M., so werden 15 Proz. erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000 M., so kommen 20 Proz. Gebühre in Frage, bei mehr als 50 000 M. 25 Proz. usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Proz. des Gehalts oder der Tantieme abgezogen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohns auf ein Jahr ist das Jahr mit 300 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten zugrunde zu legen, sofern nicht nach der Art der Arbeitstätigkeit eine kürzere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (z. B. bei Saisonarbeitern).

Wenn also beispielsweise ein verheirateter Arbeitnehmer mit 4 Kindern nach Abzug der oben genannten Beiträge zur sozialen Versicherung 700 M. Monatslohn bezieht, so berechnet sich der Steuerabzug folgendermaßen: Es sind zunächst 125 M. abzuziehen und weiter 5 mal 40 gleich 200 M. für die Ehefrau und 4 Kinder, so daß insgesamt 925 M. dem Steuerabzug nicht unterliegen. Es bleibt dann noch für den Steuerabzug eine Summe von 431 M., von denen 10 Proz. einzubehalten sind. Das würde 43,10 M. ausmachen. Jedoch ist in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß der Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist. Für das Steuerjahr 1920 werden ihm somit, da der Abzug erst seit dem 25. Juni 1920 in Kraft ist, und er daher

unbedingt unterliegt, daß der Vermittler als Verkäufer auftritt und sich auf diese Weise unberechtigte Gewinne verschafft.

Zu Ausfragen, das ja auf vielen Gebieten Vorbildliches geschaffen hat, ist der Besitzwechsel in folgender Weise geregelt: Jeder hat den Wert seines Grundbesitzes nach eigener Schätzung anzugeben. Zu diesem Preis darf er ihn nur verkaufen, in dieser Höhe muß der Besitzer den Grundbesitz aber auch versteuern. Grund und Boden muß als Gemeineigentum anerkannt und den Volksgenossen als Lehen zur besten Nutzung überlassen werden. Dann wird auch die Giftpflanze „Boden-Spekulation“ verdorren. Die Boden-Spekulation, die die Klasse der Grundbesitzer gegen die landlosen Volksgenossen aufgerichtet hat, ist die eigentliche Ursache aller sozialen Misse.

Vor allem sollte das Finanzministerium der Gewinnverschleierung bei Besitzwechsel, die in den Grundbucheintragungen nicht ausgewiesen wird, besser nachgehen als es heute geschieht.

60 Milliarden Papiergeldumlauf.

Fast 2 Milliarden Papiergeld in der letzten Juliwache von der Reichsbank neu in den Verkehr gebracht.

Der Ausweis der Reichsbank für die letzte Juliwache zeigt im wesentlichen im Zusammenhang mit den Illinoisanleihen eine außerordentlich starke Zunahme der Anlagekonten. Die Nachfrage nach papierernen Zahlungsmitteln war in der Berichtswache wieder ungemein groß. Abgesehen davon, daß Darlehensgegenstände in erheblichem Umfangem geäußert worden sind, beansprucht auch die Einbringung der diesjährigen Ernte infolge der steigenden Arbeitslöhne erheblich höhere Summen als in früheren Jahren. Unter diesen Umständen mußten an Konten und Darlehenskonten zusammen 1948,5 Millionen Mark neu in den Verkehr gesetzt werden. Im einzelnen erhöhte sich der Kontenumsatz um 1755,4 Millionen Mark auf 55 708,8 Millionen Mark und der Umlauf an Darlehenskonten um 103,1 Millionen Mark auf 13 227,9 Millionen Mark.

Gute Beschäftigung.

H. G. Nix u. Genert in Berlin-Schöneberg. In dem Prospekt über die Zulassung von 6 300 000 Mark neue Aktien und 7 Millionen Mark 4½prozentige zu 100 Prozent rückzahlbare hypothekendarlehen zum Handel an der Berliner Börse heißt es: Der vorhandene Auftragsbestand bietet dem Werk für das laufende Jahr volle Beschäftigung, so daß, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, ein günstiges Ergebnis erwartet werden kann. (1919: 7 Prozent Dividende auf 63 Millionen Mark.)

Dr. Paul Meyer, Berlin. In dem Prospekt über die Zulassung von 5½ Millionen Mark neuen Aktien und 6 Millionen Mark 4½prozentige Teilschuldverschreibungen, rückzahlbar zu 100 Prozent, zum Handel an der Berliner Börse heißt es: Der Auftragsbestand liefert der Gesellschaft bei genügender Einbringung mit Rohmaterialien gute Beschäftigung für längere Zeit, so daß, falls keine unvorhergesehenen Störungen eintreten, die Aussichten für das laufende Jahr als nicht ungünstig bezeichnet werden können (i. B. 10 Prozent auf 6 Millionen Mark).

Julius Berger Tiefbau N. G., Berlin. In dem Prospekt über die Zulassung von 4 Millionen Mark neuen Aktien zum Handel an der Berliner Börse heißt es: Unter der Voraussetzung, daß Bau- und Betriebsmaterialien in ausreichendem Maße erhältlich sein werden, sowie, daß nicht neue politische Schwierigkeiten die Durchführung des Arbeitsprogramms ungünstig beeinflussen, kann auch für das laufende Jahr ein günstiges Resultat in Aussicht gestellt werden (i. B. 20 Prozent auf 4 Millionen Mark).

Aus aller Welt.

Die Revision der Weltgeschichte. Die der französische Außenminister auf Anfrage dem General de Raund'ohh mitteilte, wird die französische Regierung als Erlaß für die am 23. Juni 1919 beim Demoral Friedrich des Großen, Unter den Linden, verbrannten französischen Fahnen von 1870 Stück um Stück die Herausgabe der Fahnen der ersten Republik und des ersten Kaiserreiches, die 1815 aus dem Pariser Konventionen entfernt worden waren, soweit sie sich in Deutschland befinden, verlangen.

Der englische Bismarck. Nach einer Mitteilung in „Korrespondenz“ soll die White Star-Linie als Ersatz für ihren torpedierten Dampfer „Britannic“ den noch im Bau befindlichen deutschen Riesendampfer „Bismarck“ erhalten.

Brand in einer Zuckerrübenfabrik. Am Sonnabend Mittag gegen 1/2 Uhr ist in der Runkelfabrik „Rote Mühle“ in Burg bei Magdeburg Feuer ausgebrochen, welches erst Sonntag gegen Mittag ganz gelöscht werden konnte. Es handelt sich um eine Explosion. Die herbeigerufenen Magdeburger Feuerwehr konnte nicht sofort eingreifen, weil Burg nicht genügend Wasser hatte. Revischenleben sind nicht zu beklagen, der Sachschaden ist erheblich.

Mittlerer Nepp.

Nach der Veitthener „Ostdeutschen Morgenpost“ erhält ein Deutscher I. Klasse im Monat 816 Dollars, wovon ihm die Hälfte in deutscher Währung ausgezahlt, die andere Hälfte als Dollarscheck gutgeschrieben wird. Die Hälfte in deutscher Währung macht monatlich einen Betrag von 42—43 000 M. aus, so daß ein Deutscher I. Klasse, zu der beizugehörigen alle Obersten und Prästen gehören, monatlich die Summe von 80 000 M. erhält, im Jahre also durchschnittlich 1 Million. Der Dollarskurs wurde annehmlich deshalb gewählt, weil er die größte Stabilität hat. Dem Vernehmen nach sind die Bezüge aber vor kurzem infolge der zahlreichen Beschwerden aus der Bevölkerung um 30 Proz. herabgesetzt worden.

Gemäldebuch. Aus einer Gemäldegalerie des früheren Königs von Württemberg sind acht wertvolle Oelgemälde aus dem Rahmen geschnitten und gestohlen worden. Die Bilder stellen ägyptische Götter dar.

Eine Geldfälschungsbande treibt, wie uns aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, dort ihr Gewerbe. Nachdem sie bereits in einem Warenwarengeschäft 300 000 Mark gestohlen hatten, brachen sie in der letzten Nacht in einer Eisenhandlung ein, öffneten den Geldschrank und stahlen wieder 300 000 M. bares Geld.

Reisenbahnunglück. Bei dem Abfahren in Andreobried bei Erfurt gerieten bei dem Preis von Erfurt in der siebenten Stunde beim Heberholen die Schrittmacher Laufmüller und Hütter aufeinander und stürzten. Der hinter Hütter auf fahrende Stecher Lechner, Berlin, fuhr auf Hütter auf, aber sich in sich und stürzte gegen die Umklekabine. Hütter wurde mit Querschüssen und Prellungen davon. Lechner erlitt Rippenbrüche und der Schrittmacher Laufmüller Beinbrüche. Auch verschiedene Zuschauer trugen Verletzungen davon, unter anderen haben zwei Personen schwere Unterschenkelbrüche erlitten. Der Preis von Erfurt kam daher nicht zum Austrag.

Budapester Pogromsühne. Das Budapester Divisionsgericht demütigte den Mann, der den Bankdirektor Veribely bei den blutigen Ausschreitungen in und vor dem Café Klub getötet hatte, zu 12 Jahren schweren Kerkers mit Einzelkerker im Juli jedes Jahres und Turmstrafe am 27. Juli, dem Tage des Verbrechen. — Ja, wenn ein Bankdirektor ermordet wird —!

Wirtschaft

Preiswucher auf dem Grundstücksmarkt.

Wir erhalten folgende Einsendung:

Am 14. d. Mis. soll in Leipzig ein allgemeiner deutscher Siedlertag abgehalten werden. In den Progen, die auf dieser Tagung zur Verhandlung gelangen, soll auch eine Erörterung über Mittel und Wege stattfinden, um der auf dem Grundstücksmarkt immer mehr um sich greifenden Preissteigerung ein Ziel zu setzen.

Auf dem Grundstücksmarkt ebenso wie auf andern Gebieten hat sich eine Schicht von Käufen eingefunden, denen während und nach dem Kriege so große Gewinne in die Hände geflossen sind, daß bei ihren Käufen die Frage der Rentabilität und des angemessenen Wertes überhaupt keine Rolle mehr spielt. Aber außer diesen Einwirkungen ist die Preisbildung auf dem Grundstücksmarkt dadurch ganz besonders beeinflusst worden, daß von Grundstückshändlern und -Vermittlern — namentlich von solchen, die erst jetzt sich diesem Geschäftszweig in großer Zahl zugewandt haben, Methoden angewandt werden, die ihnen erhöhten Augen versprechen, den Grundstücksmarkt aber in höchst ungelunde Bahnen drängen.

Diese Vermittler reisen auf dem Lande umher oder senden ihre Vertreter und suchen die Bauern zum Verkauf zu locken durch ganz übertriebene Wertschätzungen. Dafür lassen sie sich dann erhebliche Provisionen auswirken. Eine andere viel schmerzlichere Methode ist die, daß Grundstücksvermittler sich Ansehen zu einem bestimmten Preise an die Hand geben lassen, so daß der Verkäufer gezwungen ist, und die Vermittler dann nach Belieben daraufliegen. Auf diese Weise kommen Fälle vor, wo die Vermittler die sonst übliche Provision von 2 Proz. erheblich übersteigern. Es kann ein Fall nachgewiesen werden, wo ein Vermittler, der namentlich mit ländlichen Grundstücken handelt, ein Kaufmann zum Preise von 80 000 M. sich notariell an die Hand geben ließ und dann zu 125 000 M., also mit einem Aufschlag von 50 Proz. des Kaufbetrages, öffentlich ausgedoten hat. Der Mann beschäftigt also, an dem einen Objekt von 80 000 M. 45 000 M. zu verdienen.

Eine große Anzahl von Handwerkern, Geschäftstreibenden und anderen Leuten, die bei der Teuerung und den Steuerlasten gern auf dem Lande sich niederlassen möchten, um neben ihrem Gewerbe die Lebensmittellieferung selbst zu betreiben, irren jetzt mit ihren kleinen Kapitalien im Lande umher und suchen vergeblich nach der Beschaffung eines ländlichen Wohnsitzes. Andererseits haben kleine Leute in Unkenntnis des wahren Wertes der von ihnen erworbenen Grundstücke sich zu Ankäufen entschlossen, durch die sie Lasten übernommen haben, die ihnen bei einem Rückgang der Lebensmittelpreise zum Ruin werden können.

Dem Preiswucher auf diesem Gebiete entgegenzutreten und ihn wirksam zu bekämpfen, ist nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht der zukünftigen Stellen, und man sollte auf dem allgemeinen Siedlertage nicht veräumen, auch diese Frage anzuschneiden. Vor allem aber muß es bei den jetzigen Verhältnissen

DIE GUTE

MASSARY

ZIGARETTE

urteilen Sie selbst

Theater, Lichtspiele etc.

Staatl. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Allabendl. Die Strohwitwe.
7 1/2 Uhr: Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Lysistrata (4. Akt, 5. A.)
Musik: Jul. Casar (35. A., 5. A.)

Deutsches Theater.
8 Uhr: Weibstüchel.

Kammerspiele.
8 Uhr: Notdürfte.

Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bf. Zoo).
8 Uhr: Büchse der Pandora.

Theater des Westens
8 Uhr: Ehemal. Leutnant.

Schiller-Theater.
8 Uhr: Rabenvater.

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
1/2 Uhr: Geständnis.

Komödienhaus
8 Uhr: Pötz-Kalner-Ballett.

Berliner Theater
1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die verschwand. Pauline.

Die Tribüne
8 Uhr: Bunbury.

Friedr.-Wilhelmst. Th.
8 Uhr: Marzipan.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Elise Lensing

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Frau im Dunkeln.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Der ungetreue Eckehart

Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: Im weißen Rössl

Neues Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Prinzessin Friedl.

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Familie.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Bohelt die Tänzerin.

Th. am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Internationale.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Allabendlich 8 Uhr:
Hans Arnsdät in

Untreu
Sonntag 4: Der Störenfried

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Untergrundbahn Klosterstr.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg:
Die Raschhoffs

Admirals-Palast.
7 1/2 Uhr: Die lustige Puppe.

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.

Vollständig
neues Programm.
Bühnen-Konzert.
Beginn 7 Uhr.
Vorvk. 11-12, 4-6 U.

Winter-Garten
Ab heute im großen
August-Spielplan

Lilly Flohr
mit ihren neuen
Vorträgen
Anfang 7 1/2 Uhr
Rauchen gestattet

Neue Welt
Arnold Schön. Hasenheide
Mittwoch, 11. August:
1. Gr. Sente-Dankfest.
Kinderbelustigungen aller
Art, wie Sackpfeifen, Topf-
schlagen, Wettrennen,
Puppentheater, Erste-
festzug b. eintr. Dankfest.
Kinderbelustigung m. phän.
beuglicher Beleuchtung.
Außerdem: Großer Ball.
— Anfang 4 Uhr. —

Voranz! Morg. Donnerst.
Schlacht. - u. Front-Festw.

Volkshöhle
Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: Der Kuhreigen

Lessing-Theater.
Sommerzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin

in D. Glas d. Jungfrau

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Clubleute

mit Max Adalbert.

Casino-Theater
Lühringstraße 37.
Wiedereröffnung
Freitag, 13. August, 9 1/2 Uhr,
mit dem neuen Volkstück:
Knorp's sel. Witwe.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Reichshall.-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stettiner
Sänger

(Hindorf-Breitl) Hof, 9 1/2 U.
Garten u. Saal / Sonntag 8 U.

Apollo-
Theater 7 1/2
Dir. James Klein.
Paul Beckers

mit seiner unkom.
Varieté-Gesellschaft
4 Millions
Meister-Akrobaten
Carl Reinsch

4 preisgekrönte beste
Schulreiter u. weitere
8 August-Sensat.

Potsdamer Str. 35
Turmstr. 12
Lotte Neumann

in dem glänz. Lustspiel:
Die Frau im
Doktorhut.

Friedenau, Rheinstr. 14
Die Banditen v. Asnières

Eintritt frei.

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1952

Paul Matzack
Anni Lohmann
Eugen Mack
Hans Wilh. Bachmann
Paul Paulsen
Mimi Riedel
Tom Black
Lucl Delburg

A. Liebans Meisterquart.
Adolf Lieban

Mocca, Tee, Schokolade
Beginn 7 Uhr.
Eintritt frei.

Circus Busch
Gebäude.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gr. Spezialität-Vorst.
7 Perlas?

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Kilow) Hasenheide 15.

Tgl. 7 1/2: Klassiker-Abend
Volkschauspiel von
Friedrich v. Schiller.

Wilhelm Tell.
Volkschauspiel von
Friedrich v. Schiller.

An 5 1/2: Konzert u. Spezialit.

Bezirksverband Groß-Berlin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
— Berlin NW. 40, In den Zelten 23. —

Mitglieder-Versammlungen in Berlin

am Mittwoch, den 11. August, abends 7 Uhr.

1. 966. Spiegel, Adreßstr. 1.
2. 967. Jugendheim, Lindenstr. 3, II. Hof Unt. 3 Treppen.
3. u. 4. 968. Nationalhof, Wilmstr. 37. Ref. Gen. W. Fißler: „Die politische Situation“.
5. u. 6. 969. Hofbrauerei, Wilmstr. 28. Ref. Gen. Riß: „Die politische Situation“.
7. 970. Wälderstraße, Wälderstr. 61. Ref. Gen. Weiber: „Das Kultur-Programm“.
8. 971. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147. Ref. Gen. Sahlke: „Die weltliche Schule“.
9. 972. Schulaula, Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
10. 973. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
11. 974. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
12. 975. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
13. 976. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
14. 977. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
15. 978. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
16. 979. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
17. 980. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
18. 981. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
19. 982. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
20. 983. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
21. 984. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
22. 985. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
23. 986. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
24. 987. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
25. 988. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
26. 989. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
27. 990. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
28. 991. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
29. 992. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
30. 993. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
31. 994. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
32. 995. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
33. 996. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
34. 997. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
35. 998. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
36. 999. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
37. 1000. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
38. 1001. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
39. 1002. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
40. 1003. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
41. 1004. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
42. 1005. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
43. 1006. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
44. 1007. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
45. 1008. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
46. 1009. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
47. 1010. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.
48. 1011. Weidenberger Hof, Weidenberger Str. 147.

Am Donnerstag, den 12. August, abends 7 Uhr:

21. 1012. Elysium, Landsberger Allee 11. Ref. Gen. Huster: „Die politische Lage“.

In allen Versammlungen:
Bericht von der Generalversammlung und vom Bezirkstag.

Im zahlreichen, pünktlichen Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Heute Volkstag im Luna-Park

Eintritt: 1,50 M.
Kinder: 0,75 „

ohne Extra-Entree
Brothers Niagara
auf dem Turmsell
um 7 und 9 1/2 Uhr

Groß-Feuerwerk
Doppel-Konzert
Anfang 4 Uhr

Rennen zu Grunewald

(Berliner Rennverein)
Dienstag, den 10. August, nachm. 3 Uhr
7 Rennen.

Ziehung 24., 25., 26., 27., 28., 30., 31. August

Grosse Geld-Lotterie

zu Gunsten der vertriebenen Auslandsdeutschen
35.670 Geldgewinne im Gesamtbetrag von Mark

1 MILLION
250000
100000

bar ohne Abzug zahlbar

Lose 6 Mark Porto u. Liste M. 1.10 extra

10 Lose sortiert aus
verschied. Tausend 60 M.

H. C. Kröger Berlin W 8
Friedrichstr. 102-100

Abh. bei d. Preuss. Lotterio-Direction
sowie in all. Lotterio-Gesch.

Groß-Handlg. Altmetalle u. Eisen
Zählv. 4 M. 1.50
Zahnziehen mit Einspr. höchst
schmerzlos. Umarm. schlechts. Gebisse. Rep.
Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 55, Mochb. Sprechz. 9-7.



Heute! 8 Uhr stül. Heute!
Kleiner - Realhohle
Rheinberger Str. 45
Redakteur
Wilm. - Elyten - Sao Paulo:
Brasilien in Film, Wort, Bild.
3. Schluss-Fragenbeantwortung
Karten à 3, 4, 5 M. a. b. Abend

Schlafzimmer

kompl. mit Spiegelschrank
285,-, eigenes Spielzimmer
mit Acrylfacetten
375,-, eigenes Herrenzimmer
mit 375,-, Rücken 650,-,
Sobellingsarmaturen 250,-,
Siele Gelegenheitskühne in
schönen Zimmerarrangements
und Einzelstücken zu
enorm billigen Preisen.

Kans Lennert,
Berlin N.,
Lothringers Straße 55.

Kaufparzelle

1 Parzelle mit Brunnen
nebst 18 x 3 großen
neu u. bauteil offenen
Schuppen, welcher sich
zum Ausbau einer Wohn-
ung eignet, sol. zu verk.
Eggersdorfer Mühle
b/Strasberg (Mark).

Kupfer .. 10,50
Rotguß .. 10,50
Messing .. 5,50
Quecksilber 65,00
Schulzendorfer St. 2

Armeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
kauft und zahlt höchste Preise
Berlin SW,
W. Dieke, Romanendammstr. 36

Durch einen auf seiner Erholungsreise erlittenen
Unglücksfall verloren mir unversehrt, seit Gründung des
Unternehmens tätigen Geschäftsführer

Herrn Magistratsrat Dr. Curt Rieß.

Sie bedauern schmerzlich den Verlust eines ziel-
bewußten Mitarbeiter und eines gerechten, vorbildlichen
Vorgesetzten.

Wir werden ihm stets ein treues Gedenken bewahren.

Berlin, den 7. August 1933. 8073

Geschäftsführer, Profuristen, Angestellte
und Arbeiter der Berliner Brennstoff-
Beihilfungs-Gesellschaft m. b. H.

Berlin NW 7, Friedländer 130.

Nervöse!

Schlaflosigkeit, Unruhe,
Erregungen, Herzklopfen,
werden behoben durch
Baldramm aus heil-
samem Schlangenschleim,
bit. natürl. Weizen zur Beschü-
nung b. Ärzten. 7/8, 50/100
Dito Reichel, Berlin 63,
S.C. Eisenbahnstraße 4.

Zinn b. 35. - Zink 3. -
Weißmetall .. b. 20. -
Quecksilber .. 65. -
Aluminium .. 5. -
Messing .. 4. -
Kupfer, Rotguß, Messing.
Die ganze Woche
unüberbietb. Preise.
Honig, Lothringers Str. 23.

Lötzinn
Zinn
Blei
Zinnschmelze Cassirer
Schulzenborfer Str. 13.
Tel.: Roßbn 8901.
Steinpl. 1192.
Ankauf nur norm. 9-12 Uhr.

Altmetalle
Quecksilber, Zahngewinne
Platin-, Silberdraht
Brunnenstraße 11.

Genossenschaften!
Bekleidungsstücke, landwirtschaftliche Geräte liefert
„Hako“,
Gandels- u. Warenkommissions-Ges. m. b. H.,
Berlin W 50, Wuppertal-Str. 30. 157

Spezialarzt

Dr. med. Hasché (*
Friedrichstr. 90, Stadtbahn
Haut-, Horn-, Frauenleiden
Spr. 10-11, 5-8, Sonntag 11-1.
Kostenl. Berat. Bez. Zahlung

Spezialarzt

Dr. med. Koeben
für Haut-, Horn-, Frauenl.,
Schwäche, Beh. schnell,
sicher, schmerzlos, ohne
Berührung. Blut- u. Horn
untersuch. (Fäden i. Horn)
Friedrichstr. 81 gegenüb.
Königsstr. 56-57, Rathaus
Spr. 10-1, 4-7, Sonntag 10-1.
Teilzahl. Separ. Damenzim

Spezialarzt

Dr. med. Hasché (*
Friedrichstr. 90, Stadtbahn
Haut-, Horn-, Frauenleiden
Spr. 10-11, 5-8, Sonntag 11-1.
Kostenl. Berat. Bez. Zahlung

Spezialarzt

Dr. med. Koeben
für Haut-, Horn-, Frauenl.,
Schwäche, Beh. schnell,
sicher, schmerzlos, ohne
Berührung. Blut- u. Horn
untersuch. (Fäden i. Horn)
Friedrichstr. 81 gegenüb.
Königsstr. 56-57, Rathaus
Spr. 10-1, 4-7, Sonntag 10-1.
Teilzahl. Separ. Damenzim

Deutsch. u. franz. Cognac-Verschnitt

sowie Weinbrand-Verschnitt
In nur Ia. Qualitäten in 1/2-Ltr. Flaschen, versteuert,
hat laufend zu den billigsten Tagespreisen abzugeben

Gebrüder Hoff, Spirituosen
Teleph.: Moritzpl. 5312. Berlin SW 61, Planufer 12.

Zinn und Blei

sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74. — Telephon: Moritzplatz 9933.

Parzellen in Eggersdorf

bei Strausberg.
Eine größere Anzahl Parzellen mit gutem Boden
in jeder beliebigen Größe zu verkaufen. 145/3*

Kühn & Co.,
Eggersdorf. Telephon: Strausberg 57.

Armeepistolen

und Jagdwaffen kaufen
F. W. Vaudrey & Co.,
Gewehrfabrik,
Berlin SW 68, Lindenstr. 90.

Doppelflinten

Drillinge, Pistolen, kauft
Frank,
W 8, Markgrafstr. 50.

An- und Verkauf

von Waffen aller Art!
!! Armeepistolen gesucht!!
Julius Heßner, W. 8,
Markgrafstr. 31.

Zinn, rein 35 M.

Curel, Vierschlange, Gold-,
Silber-, Zinn-, Metall-,
höchste Preise Metallschmelze
Pringelstr. 17, Kottbus.

!!! Geld !!!

für jede Wertsache. Höchste An-
kaufpreise für Blankcheine,
Präzisions-, Goldgegenstände,
Sperden, Uhren usw. Wolff,
Friedrichstr. 4 III, Edle-Rodder.

Krankenschwestern

für Anstalten, Kliniken, Sanatorien und Privatpflege verlangt.
Bildungen mit Papieren im Krankenpflegeamt der Stadt
Berlin, Friedrichstraße 110-112. Vermittlung kostenfrei. 113/11

13. u. 14. August

Rote Kreuz-
Geld-Lotterie.
7335 Gew. i. Ges.-Beit. v. M.

200000
60000

200 000 Lose
Haupt-
gewinn:
60 000

usw.
Lose z. amtl. M. 3.60, Pr. v. M. 3.60, - extr.
1 Brieftasche m. 8 Rote Kr.- u. 2 Rückw.-L. 35 M. Irko.

Gustav Haase Nept., Berlin, Neue Königstr. 86
Berliner Verkaufsstellen:
Neue Königstr. 86, Neanderstr. 33, Brunnenstr. 18
Telegr.: Glücksgott, Berlin.

24. bis 31. August

Rückwanderer-
Geld-Lotterie.
Hauptgewinne von Mark

250000
100000

600 000 Lose
Haupt-
gewinn:
100 000

usw.
Lose z. amtl. M. 8 Pto. u. L. 1.30 extr.
Pr. v. M. 8 Pto. u. L. 1.30 extr.

1 Brieftasche m. 8 Rote Kr.- u. 2 Rückw.-L. 35 M. Irko.

Gustav Haase Nept., Berlin, Neue Königstr. 86
Berliner Verkaufsstellen:
Neue Königstr. 86, Neanderstr. 33, Brunnenstr. 18
Telegr.: Glücksgott, Berlin.

Glyzoran

Schuhcreme
Überall
erhältlich
Hochwertige Qualität!

Chem. Fabr. „GLYZEROL“ G.m.b.H.
Berlin NO 18 - Palisadenstraße 77

Rauchtabak

frisch eingetroffen, pakettiert und banderolliert, per Pfd.
18.-, 23.-, 25.-, 26.50, 28.50, 30.-

Zigarren

Einige 100 Mille erstklassige Fabrikate,
banderolliert, von den billigsten bis allerbesten Sorten,
äußerst billige Preise: 42.-, 54.-, 60.-, 65.-, 145.-

Fritz A. Ziegler
Berlin Großhandlung Berlin
Kochstraße 30. Umland 4553.

Zähne

4 M. 1.50
Zahnziehen mit Einspr. höchst
schmerzlos. Umarm. schlechts. Gebisse. Rep.
Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 55, Mochb. Sprechz. 9-7.

Der „Plettegeier“.

Neues von den Ehrhardt-Neuterern.

Auf eine Anfrage, wann denn nun endlich die Reichswehr die Abzeichen der Republik einführen würde, wurde vor einiger Zeit vom Reichswehrminister geantwortet, daß demnächst das Tragen der neuen Reichskolarde angeordnet werden sollte. Diese Kolarde stellt den neuen Reichsadler (ohne Zepher, Reichsapfel und Krone) dar. Die reaktionären Reichswehrtruppenteile denken aber gar nicht daran, dem Befehl gemäß die neue Kolarde anzulegen. Im Munsterlager befindet sich als Schiffesstamm-Detachment noch immer ein großer Teil der früheren Brigade Ehrhardt, der nach und nach in die Reichsmarine übergeführt werden soll. Diese Neuterer machen aus ihrer reaktionären Gesinnung nach wie vor nicht den geringsten Gehl. Als der Befehl zum Tragen der neuen Kolarde kam, wurde unter den Mannschaften ein Gedicht verfaßt, das offen zur Widerständigkeit aufforderte und die neue Kolarde in jeder Weise verächtlich zu machen suchte. Da wird zunächst die alte schwarz-weiß-rote Kolarde gepriesen und ihre Fortnahme der Befestigung in die zweite Klasse des Soldatenstandes gleichgestellt. Wer sie sich nehmen läßt, wird in dem Nachwort als „ehrenloser (!) feiger Mann“ bezeichnet. Dann heißt es:

Und heute wirst Du ohne Gründe
Du dieses Zeichen von Dir tun,
wägst gern den ausgerupften Vogel,
ist es ein Geier, ist es ein Huhn,
das schon der Hälfte seines Schmelzes
beraubt ist, fertig für die Pfanne,
das Zeichen willst Du tragen heut,
als deutscher Reichswehrmann!
D schäme Dich...

In dieser Tonart wird weitergehört und immer wieder zum Tragen der alten schwarz-weiß-roten Farben aufgefordert. Das Nachwort schließt mit den Versen:

Mag dieses Junggeflügelzeug
nur tragen Cohn und Meyer,
für uns sei drum die Lösung stets:
Fort mit dem Plettegeier!

So sieht die vielgerühmte „Disziplin“ aus, wegen derer die Ehrhardt-Neuterer trotz der Verminderung des Heeres auf 100.000 Mann durchaus der Reichswehr erhalten bleiben müssen. Die Brigade Döberitz wird aufgelöst, aber für diese Leute, die ihre neuterische Gesinnung ostentativ zur Schau tragen, muß durch die Entlassung verfassungstreuer Mannschaften Raum geschaffen werden. Das heißt dann im offiziellen Still des Reichswehrministers Gehler: Die Entlassungen geschehen nach rein sachlichen Gesichtspunkten...

In Braunschweig befahl, wie uns mitgeteilt wird, der Führer der dortigen Minenwerferkompanie bei einem Appell den Mannschaften, „daß bis Montag die Plettegeier herunter seien!“ Gemeint war auch hier die Reichskolarde. Was sagt der Reichswehrminister dazu?

Zusammentritt der Heereskammer.

Am 9. August 11 Uhr vormittags traten im Reichswehrministerium zum ersten Male die neu gewählten Mitglieder der Heereskammer zusammen. Der Reichswehrminister Dr. Gehler begrüßte die Kammer mit warmen Worten, wobei er auf die Schwierigkeiten hinwies, unter denen die Wehrmacht zu arbeiten haben wird, die aber durch treues Zusammenstehen aller Angehörigen der Wehrmacht untereinander und mit der Bevölkerung überwunden werden müssen. Ende August und Anfang September wird sich die Heereskammer mit dem Entwurf zum Reichswehrgesetz zu beschäftigen haben.

Auch „ein Geschlecht“. Die „Kreuzzeitung“ bringt die aufsehenerregende Meldung: Der Familienrat der Freiherren und Herren v. Unruh hat unter Vorsitz des Generalleutnants a. D. Bobo v. Unruh und reger Beteiligung von 38 Vertretern und Damen in Pragitz stattgefunden.

Drabstgitter mit dem gebogenen Stachelstachel, das das ganze Terrain umzieht. Und gewandt man das dahinter befindliche unvorstellbare Baumgeliächnis mit dem dichten Laubwerk, sowie das unüberwindliche Dickicht, so kann man sich, wenigstens im Sommer, des Eindringens völliger Weltabgeschiedenheit nicht erwehren.“ Hier heißt der Erklärer: er renoviert und baut wie früher. Seine Gesundheit ist gut. Nur der Poststaat ist sehr eingeschränkt... So verbringt der Unverantwortliche sein Leben in Ruhe und Komfort — wie ein wohlhabender Pensionär. Statt des von Millionen angebotenen Straßengerichts — die Idylle.

Der Nährwert der Eier. Ueber den Nährwert der Eier und die Ausnutzung roher und weichgekochter Hühnereier sind in einem Berliner Laboratorium Untersuchungen angestellt worden. Wenn man aus den Versuchsergebnissen Anwendungen für die praktische Diätetik gewinnen will, so muß man den weichgekochten und den rohen Eiern als dem Bestandteil einer gewissen hochwertigen Nährwert als dem Fleisch zusprechen. Dagegen findet die bei vielen Laien und auch manchen Ärzten bestehende starke Ueberschätzung getadelt der rohen Eier in dem physiologischen Experiment keine ausreichende Begründung. In Anbetracht der guten Magenverdaulichkeit ihres hohen Nährwertes und ihrer vorzüglichen Ausnutzbarkeit würden die Vögelgeier (insbesondere die weisgekochten und rohen) eine ausgiebige Verwendung nicht nur in der Krankenkost, sondern auch in der eigentlichen Volksernährung verdienen, aber bei uns ist die Zahl der Vögel nicht so groß, daß wir uns diesen Luxus leisten könnten.

Theater. Am Volkstheater findet am Dienstag die 50. Aufführung der Operette „Aure Dobell die Tänzerin“ mit Elisabeth Salzer als „Dobell“ und Herby Eika als „Baron v. Stein“ statt.

Ueber Brasilien in Film, Wort und Bild spricht Dienstag Redakteur Emil Epstein, der 30 Jahre in Brasilien lebte, in der Aula der Bismarck-Hochschule, Rheinberger Str. 4/5.

Die häßlichen Volkskonzerte des Bläser-Orchesters im Monat September finden statt: 2. 17. (Brauerer Rönigshaus), 6. 14. (Brauerer Happe dt), 7. 21. (Germania-Brachhale), 8. 28. (Hörig, Angeler 15, „Vorwärts“, Lindenstr. 2, „Freiheit“, Breitelstr. 8/9, Orchesterbureau, Rahmstr. 76 (11-1 Uhr) und an der Abendkasse.

Reform-Zeremonienfeier. Auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes hat das Institut für Kulturgeschichte im Auswärtigen Amt (Palast Leopold, Eingang Büchsenplatz) eine Ausstellung veranstaltet, die einen Überblick über den Stand des Schul- und Reformwesens in Deutschland bietet. Die Ausstellung ist bis Mittwoch, den 11. August, von 10-5 Uhr zur Besichtigung geöffnet.

Gegen die Tuberkulose. Das deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose erläßt ein Preisanschreiben zur Erlangung eines neuen Preisbroschens zur Desinfektion des Kuchens mit Tuberkulose. Es ist ein Preis von 300 M. ausgesetzt. Die Arbeiten sind mit einem Kennwort unter der Bezeichnung „Preisbewerb betr. Kuchendesinfektion“ bis zum 31. März 1921 an die Geschäftsstelle des Deutschen Zentralkomitees Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 7, einzulenden.

Ein tüchtiger Mann. In einem bänischen technischen Blatt findet sich folgende Mitteilung, „wie ein Ingenieur reich wurde“: Wir haben eben Nachricht von einem Ingenieur erhalten, der als armer Mann vor manchen Jahren seine Laufbahn begann, und der sich jetzt mit einem Vermögen von 200.000 Kronen zurückgezogen hat. Dieses Kapital hat er durch Arbeit, Sparlichkeit, unermüdbare Energie, Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Pflichten und dadurch erworben, daß er von seinem verstorbenen Vater 199.999 Kronen erbt.

Schöne Richter!

Bojkott demokratisch gesinnter Kollegen.

Debatten in der sächsischen Volkskammer haben dazu geführt, daß der jetzige demokratische Reichstagsabgeordnete, Landgerichtsrat Brodau, folgendes Schriftstück der Öffentlichkeit übergeben hat, das einen Versuch seiner sächsischen Richterkollegen aus der Kriegszeit darstellt, ihn wegen seiner politischen Gesinnung zu bojkottieren. Das Schreiben lautet:

Chemnitz, den 6. Februar 1918.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Euer Hochwohlgebornen als Vorsitzender des Sächsischen Richtervereins bitten wir sehr ergebenst, zu erwägen, ob es nicht geboten wäre, die Ausschließung des Landgerichtsrats Brodau aus dem Vereine herbeizuführen. Wir halten dies für nötig. Mit gewiß sehr vielen anderen Mitgliedern des Vereines nehmen wir an dem demagogischen Treiben Brodau's großes Argernis. Die Art und Weise, wie er seine verkehrten politischen Ansichten zur Geltung zu bringen sucht, wie er als königlicher Beamter gegen die Regierung ankämpft, ja sogar die Vorköpfe der Sozialdemokratie gegen diese noch dazu in der gegenwärtigen Zeit unterstützt, ist außerordentlich bedauerlich. Er schädigt das Ansehen des Richterstandes ganz erheblich. Sollte Brodau, um eine Ausschließung abzuwenden, freiwillig austreten, so meinen wir, daß Austritt und der Anlaß dazu in die Presse gebracht werden müßten, damit gehörig bekannt werde, daß der Verein das Verhalten Brodau's durchaus nicht billigt. Kann bedauerlicherweise gegen diesen nicht dienstlich eingeschritten werden, so ist um so mehr geboten, daß seine Standesgenossen gegen ihn, und zwar auch in der Öffentlichkeit, Stellung nehmen.

In vorzüglicher Hochachtung sehr ergebendst

Kantgerichtspräsident Kausch, Oberamtsrichter Hübner, Oberamtsrichter Thoen, Oberamtsrichter Dr. Knackf.

Dieses sind die Richter, die nachher in politischen Prozessen Urteile fällen, über die man nach diesem Schreiben nicht mehr zu staunen braucht. Die Herren können sich nicht wundern, wenn auf Grund solcher Dokumente das Vertrauen in die Unparteilichkeit der Justiz immer weiteren Volkskreisen vollkommen verloren geht.

Ein möchten wir übrigens wissen: Ob die Herren, die sich so entrüsten, daß ein königlicher Beamter gegen die königliche Regierung Stellung nimmt, selber heute irgend welche Bedenken tragen, als republikanische Beamte in der schärfsten Weise gegen die Republik anzukämpfen?!

Sozialismus oder Sparpolitik?

Peus auf dem deutschen Hausbesitzertag.

In Magdeburg sagte am Sonntag der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine. Wir würden von diesem Kongreß, der in der Hauptsache das gemeinliche Recht auf Grundrente verteidigte, weiter kein Aufhebens machen, wenn nicht zu unserem Schanden ein Referat der Landtagspräsidentin von Anhalt, Genosse Peus, gehalten hätte. Nach dem uns vorliegenden Bericht führte Peus aus:

Das Haus ist im übertragenen Sinne ein erweiterter Hof. So wenig ein Mensch sein ganzes Leben hindurch einen geborgten Hof tragen will, so wichtig ist es, daß er Gelegenheit erhält, sein eigenes Heim zu besitzen. Hierzu die Möglichkeit zu schaffen, sehe er sich für die Ansparung des erforderlichen Kapitals ein. Die soziale Frage sei mehr als zur Hälfte gelöst, wenn jeder Mensch mindestens 10.000 M. zum Wohnungserwerb anspare, denn dann gebe es keine Proletarier mehr und auch der Hausbesitzer habe gleichzeitig die Gewähr, daß er nur sichere Mieter erhalte. Da aber freiwillig viele nicht zu dieser Sparsamkeit anzuhalten seien, müsse der Staat sie dazu zwingen. Er habe sich dieser Tage bereits für eine 50prozentige Erhöhung aller Mieten eingesezt, um den Hausbesitzern die Möglichkeit zur Befreiung der Hauslasten zu geben. (Zuruf: Viel zu wenig!) Er sei auch bereit, sich für mehr einzusetzen, wenn man ihm die Notwendigkeit nachweise. Er wolle damit nur dazutun, daß auch in seinen Kreisen mit der Anschaffung gedroht sei, daß die heutigen Mieten noch angemessen seien.

Wir müssen die Peus'schen Ausführungen mit aller Entschiedenheit ablehnen. Mit Sozialismus haben diese Gedankengänge nichts zu tun, im Grunde genommen sind sie — ein wenig neu ausgedrückt — jene mandatorischen Lehren, die Eugen Richter in seiner berühmten „Spar-Kasse“ verkörpert hat. Es ist sehr schön, dem Menschen als sittliche Pflicht anzuerkennen, daß er 10.000 M. spare. Wenn aber gar noch der staatliche Schutzmantel hinter ihn gestellt werden soll, damit er sich dieser Pflicht nicht entziele, so müßte man es doch zuerst als sittliche Pflicht des Staates bezeichnen, jedermann ein entsprechendes Einkommen zu garantieren, von dem er sich ein solches Vermögen ersparen könnte. Das war schon immer eine Doktrin der alten Manchesterliberalen, die soziale Frage durch Sparsamkeit (natürlich nur der Arbeiter) zu lösen. „Wenn jedermann sich so und so viel ersparte...“, das haben schon unzählige Mandatserteile vor Peus gepredigt. Und wie Peus haben sie überleben, daß bei diesem „wenn“ der Sale im Pfeffer liegt. Unter dem Kapitalismus sind für die Masse der Arbeiterschaft solche Ersparnisse eben ausgeschlossen. In den meisten Arbeiterfamilien, auch Angestellten- und Beamtenfamilien, kann heute nicht einmal soviel erspart werden, um die notwendigen Neuanschaffungen an Kleidung, Schuhe, Hausrat usw. zu bestreiten. Diesen Familien gelte Genosse Peus einmal, wie sie da noch 10.000 M. zurücklegen sollen, um eigene Wohnung zu erwerben, die übrigens heute mindestens 30.000 M. kostet.

Auch gegen die Bereitwilligkeit, die Peus in der Frage der Mietenerhöhung zeigt, müssen wir energisch protestieren, da Peus hier einen Standpunkt vertreten hat, der sich mit dem der Partei nicht im mindesten deckt.

Eigenheime für Arbeiter fordern auch wir. Aber dieses Problem ist nur durch Genossenschaften mit starker staatlicher Unterstützung zu lösen, nicht auf dem Wege des individuellen Sparens oder des Sparganges.

Generalunfuss.

Im „Roten Tag“ und in der „Post“ bemerken sich zwei ausrangierte Generale, der Reichsverbändler v. Liebert und ein Herr von der Eck, mit ziemlich den gleichen, schematisch aneinandergereihten, abgenutzten Phrasen und Schlagworten, die Notwendigkeit eines Einheitsbundes darzutun. Dürfte man den schönen Redensarten der Herren Generale trauen, so wäre es ihr Ziel, angesichts der schweren Notlage Deutschlands nationale Einig-

keit und Geschlossenheit heraufzustoßen. In Wirklichkeit aber geht ihr Streben dahin, die schwersten inneren Kämpfe und unabschließbare Wirren heraufzubeschwören.

Was nämlich die Herren Generale wollen, das ist der bürgerliche Einheitsbund zu schärfstem Kampf gegen Sozialismus und Arbeiterkraft. Und da der Appetit beim Essen kommt, so soll der Kampf auch gleich gegen die „unzuverlässigen“ bürgerlichen Parteien, namentlich gegen die „sozialistischen Verächter“ Demokraten gehen. Wenn die Reaktion diesen Kampf durchaus haben will, so sind wir die Letzten, die ihn führen. Die Folgen daraus könnten vielleicht andere sein, als die Liebert und von der Eck sich das vorstellen. Nur möchten wir bezweifeln, daß die Herren Generale bei den bürgerlichen Mittelparteien für ihre Projekte große Begeisterung finden werden, zumal aus fast jeder Zeile ihrer Darlegungen die bodenlose politische und geschichtliche Unkenntnis spricht. Vielleicht wird man im Bürgertum doch mit der Zeit zu der Erkenntnis kommen: Generalpolitik ist Generalunfuss.

Der „moderne“ Landrat.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: In Bären i. W. thront noch ein Landrat aus der guten alten Zeit. Als der Kapp-Butsch kam, wurde die Vereidigung der Beamten sofort verschoben, jedenfalls in der Annahme, daß es „nicht mehr nötig“ sei, die Beamten auf die neue Verfassung zu vereidigen. Wie es sonst mit der Geistesverfassung des Landrats Winkelmann in Bären i. W. bestellt ist, erfährt man am besten aus der nachstehenden Verfassung, die tatsächlich am 20. Juli 1920 von W. herausgegeben worden ist:

1. Die Büroangestellten A., G., H. und S. werden hiermit in eine Ordnungsstufe von je 6 Mark genommen, weil sie am Montag, den 19. d. M., vormittags trotz der ergangenen ausdrücklichen anordneten Anordnung eigenmächtig vom Dienste ferngeblieben sind.
2. Die Büroangestellten J., K. und L. werden hiermit in eine Ordnungsstufe von je 3 Mark genommen, weil sie am Dienstag, den 20. d. M., vor- bzw. nachmittags verspätet zum Dienst gekommen sind.
3. Vorgesetzten den zu 2 und 3 Genannten zur Kenntnis.
4. Herrn Kreissekretär Hf und Herrn Stadtmann zur weiteren Veranlassung zwecks Einbehaltung bei der nächsten Gehaltszahlung.
5. W. v. 23. 7. 20.

Der Landrat, gez. Winkelmann.

Goffen wir, daß die eingereichten Beschwerden Erfolg haben und der alte Geist dort etwas ausgelüftet wird. Es wird aber auch die höchste Zeit.

„Mit eigenen Waffen“.

Zu den ewigen Beuerungen der „Deutschen Tageszeitung“, daß auf dem Lande keine Waffen seien, werden wir aus unserem Leserkreis darauf hingewiesen, daß die „D. T.“ selber am 1. August 1920 folgendes Inserat brachte:

Zwei nationalgefärbte junge Leute mit eigenen Waffen werden zum sofortigen Antritt gesucht bis Ost. Feuerwaffen und Gebaltsforderung an von Krause'sche Verwaltung, Bielefeld a. Westf.

Natürlich werden die Waffen nur verlangt, um sie sofort gemäß dem Gesetz abzuliefern zu können!

Der Saarbeamtenstreik.

Saargemünd, 9. August. (Havas). Die Lage im Saargebiet ist (trotz aller Zuchtandrohungen! Red.) unverändert. Der Verkehr ist unterbrochen. Eine Anzahl Kohlenzüge wurde von Genieksoldaten gefahren.

Französisches Militär und die „Recht“prechung seiner Gerichte im selbständigen Saarstaat ist völkerverbund- und völkerrechtswidrig.

Poststreik in Deutschösterreich.

Wien, 9. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Montag um 12 Uhr mittags sind die Telegraphen- und Telephonangehörigen in ganz Deutschösterreich in den Streik getreten, wie ihre Vertrauensmännerversammlung am Sonntagabend beschlossen hatte. Die Forderungen, die in 12 Punkten zusammengefaßt sind, betreffen in der Hauptsache die Schaffung eines Provisionsfonds für die Arbeiter, um diesen die Möglichkeit einer Altersversorgung zu geben, die Fortführung der Vorrückungsfrist einzelner Beamtenkategorien und die Regelung der Vorrückungsverhältnisse überhaupt. Um 4 Uhr nachmittags fanden Verhandlungen zwischen der Streikleitung und der Regierung statt, sie mußten jedoch um 6 Uhr abends abgebrochen werden, da der Vertreter des Finanzamts sich als nicht zuständig erklärte. Die Verhandlungen werden Dienstagvormittag in Gegenwart eines übergeordneten Vertreters des Finanzamts fortgesetzt werden. Der Staatssekretär für Finanzen selbst ist gegenwärtig in London. Es ist zu erwarten, daß der Streik am Dienstag beigelegt wird.

Ausgenommen von der Sperre sind die Feuerwehr, die Rettungsgesellschaft, die Spitäler, die Polizei, das Landesbeschlüßhaberamt, die diplomatischen Stellen einschließlich der Wiedergutmachungskommission und das Volksabstimmungsgebiet in Kärnten. Den deutschösterreichischen Beamten ist der Telephonverkehr gesperrt, um auch dadurch einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Der Völkerverbund.

London, 9. August. (B.A.). Lord Robert Cecil äußerte zu einem Vertreter des „Observer“ über den Zusammentritt der Völkerverbundsversammlung im November, er sei stets der festen Ueberzeugung gewesen, daß die Versammlung genau so die Völkerverbund wie die Regierungen veritieren sollte. Im Falle Englands z. B. sollte dem Unterhause das Recht zugestanden werden, zwei von den drei englischen Vertretern zu ernennen. Cecil sprach die Hoffnung aus, daß England und Deutschland zum Eintritt in den Bund aufgefordert werden möchten. Zur Frage, wie die Ausführung der Entscheidungen des Bundes zu sichern sei, legte Cecil dar, gegenwärtig hätten die Entscheidungen hauptsächlich einen moralischen Charakter. Seines Erachtens läge die Aufgabe einer internationalen Armee augenblicklich nicht in Frage. Wenn auch in Zukunft die Entscheidungen des Bundes in erster Linie durch wirtschaftliche Zwangsmittel durchgeführt werden müßten, deren Wirksamkeit während der letzten Jahre reichlich erwiesen worden sei, so sei er doch geneigt, die sofortige Schaffung einer internationalen Seemacht zu fördern. Eine solche sei aus vielen Gründen leichter zu organisieren und könnte im Falle einer Krise in kurzer Frist die Auffassung des Völkerverbundes zum Ausdruck bringen, nötigenfalls ein zögerndes Mitglied dazu ermutigen, den rechten Weg zu wählen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Afa gegen Neutralitätsverletzung.

Von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände wird und geschrieben:

Nach den aufsehenerregenden Mitteilungen der deutschen Regierung besteht für Deutschland die unmittelbare Gefahr, durch einen völkerrechtswidrigen Neutralitätsbruch seitens der Entente in die zur Zeit bestehenden Kriegswirren hineingezogen und damit unter Umständen Kriegsschauplatz zu werden. Unser durch einen mehr als vierjährigen verlorenen Krieg ohnehin schon völlig zerrüttetes Wirtschaftsleben würde dadurch mit Sicherheit vernichtet werden. Militärischer Widerstand gegen ein gewalttätiges Vorgehen der Entente ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Nur die wertvolle Bevölkerung Deutschlands — Arbeiter, Angestellte und Beamte — ist imstande, diese furchtbare Gefahr von uns abzuwenden, indem sie jeden Versuch eines Neutralitätsbruchs, insbesondere durch Waffen- oder Truppeneinführung mit ihrem organisierten Widerstand verhindern. Die freien Arbeitergewerkschaften Deutschlands und die sozialistischen Parteien haben deshalb die deutsche Arbeiterkraft aufgefodert, für die Aufrechterhaltung der unverbrüchlichen Neutralität Deutschlands einzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände stellt sich in dieser Stunde dringender Gefahr an die Seite der Arbeiterkraft und fordert die deutsche Angestelltenkraft auf, jeden Versuch einer Neutralitätsverletzung mit allen Kräften zu verhindern.

Streik der Pferdebediensteten.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband bemüht sich seit März 1919, mit der Verlonen-Lohnfahrwerks-Junung einen Tarif abzuschließen. Im Januar d. J. fällt der Schlichtungsausschuss einen Spruch, wonach den Pferdebediensteten per Schicht 2 M. Lohn und 30 Proz. der Einnahme zugesprochen wurde. Dieser Spruch wurde vom dem Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt. Die Führer der Entente erkannten aber dessenungeachtet den Tarif nicht an und es mußten daher erst diverse Klagen beim ordentlichen Gericht anhängig gemacht werden, damit die Kollegen zu ihrem Recht kamen. Am 1. April d. J. kündigte die Junung den Tarif.

Kunmehr beantragte die Organisation erneut einen Schiedsspruch. Dieser wurde am 21. Juli gefällt mit der Maßgabe, daß die Führer 3 M. Lohn und 30 Proz. von der Einnahme pro Schicht zu zahlen haben. Die Führer sabotierten aber von Anfang an die Verhandlungen und erkannten den Schiedsspruch wiederum nicht an. Da die Führer einen täglichen Lohn von 18—20 M. haben, dieselben weiter seit Jahr und Tag von den Führern genahigt wurden, beschloßen dieselben in folgenden Betrieben in den Streik zu treten: Fuhrhof Pohl, Wagners Str. 26, Marfus- und Brangelstraße, Hordel, Neue Hochstr. 39, Heintich, Neutönn, Mainzer Str. 4, Bodehl, Köpenicker Str. 191, Kurth, Cuvrystr. 12, Cumbier, Händersdorfer Str. 61, Regäsel, Händersdorfer Str. 21, Jeantenau, Koppenstr. 16.

Wir weisen darauf hin, daß die Betriebe unter allen Umständen zu meiden sind und erwarten die weitestgehende Solidarität.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 4.

Rechtsverbindliche Tarifverträge.

Der zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin und dem Berliner Apotheker-Verband am 12. Mai 1920 abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrag, welcher am 18. September 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die in den Apotheken beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer getätigt wurde, ist für das Gebiet des Zweverbandes Groß-Berlin mit Beginn vom 1. Juli an für allgemein verbindlich erklärt. Desgleichen ist der mit dem Arbeitgeberverband der Verbandsmittelhersteller Groß-Berlin am 29. April 1920 abgeschlossene Nachtrag zu dem vom 1. Februar 1920 ab gültigen, allgemein verbindlichen Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der Verbandsmittel-Industrie für das Gebiet des Zweverbandes Groß-Berlin vom 1. Mai ab für allgemein verbindlich erklärt.

Der zwischen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin und dem Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels am 4. März 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Drogen-, Chemikalien-, pharmazeutischen, kosmetischen, Parfümerie-, Spezialitäten-, Mineralöl- und Fett-Großhandel (Chemischer Großhandel) ist für diesen Verarbeiters mit Wirkung vom 1. Mai für allgemeinverbindlich erklärt.

Einsprüche gegen Entlassungen.

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in der Sonnabendausgabe des „Vorwärts“ vom 7. August eine Notiz, worin wir auf die Einhaltung der Einspruchsfristen aufmerksam machten. Von einem Gewerkschaftsangehörigen erhalten wir hierüber eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Die veröffentlichte Notiz kam in den Kreisen der Angestellten und Arbeiter den Eindruck erwecken, als ob diese Fristberechnung schon von Gesetzes wegen oder durch amtliche Entscheidung endgültig und eindeutig entschieden ist. Dem ist nicht so; vielmehr lassen § 88 nebst allen Kommentaren diese Klarheit nicht erkennen.

Einer am 6. August er. tagenden Kammer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin lag ein diesbezüglicher Fall zur Entscheidung vor. In der Verhandlung glaubte der Firmenvorstand den Standpunkt vertreten zu müssen, daß der Beschwerdeführer seiner Ansprüche verlustig gegangen sei, weil die Anrufungsfrist von 5 + 7 + 5 Tagen nicht eingehalten worden wäre.

Demgegenüber vertraten sowohl der Angestelltenrat und die Organisationsvertreter der Afa die Ansicht, daß zwischen der ersten fünfzügigen Anrufungsfrist und dem Versuch innerhalb eines Zeitraums von 7 Tagen eine Verständigung mit dem Arbeitgeber herbeizuführen, keine Frist vorgeschrieben ist, innerhalb welcher der Angestelltenrat verpflichtet sei, die Prüfung für die Berechtigung seiner Anrufung vorzunehmen. Dies hände vielmehr in seinem Ermessen. Die für die Verständigungsverhandlung vorgeschriebene Frist von 7 Tagen beginnt erst mit dem Tage, an dem der Angestelltenrat an die Geschäftsleitung herantritt.

Diese Auffassung erscheint durchaus berechtigt; denn einmal muß dem Angestelltenrat Zeit zur Prüfung bleiben, speziell in größeren Betrieben, andererseits ist nirgends im § 88 des B. A. G. davon die Rede, daß die Verständigungsverhandlungen innerhalb von weiteren oder auf die fünfzügige Frist folgenden 7 Tagen abgeschlossen sein müssen.

Nachdem sich die Kammer über diese Frage beraten hatte, vertrat sie die zur Verhandlung stehende Schlichtungsfrage bis nach der Entscheidung über die Fristberechnung durch das Reichsarbeitsministerium. Es empfiehlt sich deshalb für alle Arbeitnehmervertreter, Betriebschleuse usw., der kommenden Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ihr ganz besonderes Interesse zuzuwenden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Gruppe I, Tuche-Platz, Riebershoffe, Gruppenversammlung Mittwoch, 11. August, 1/2 Uhr bei Karl Bittke, Poststr. 29. Ohne Zusch. kein Einlaß.

Rollschuh-Verband, Bodenarbeiter usw. aus den Expeditionsbetrieben Groß-Berlin, Donnerstag, den 12. August, abends 6 Uhr, Versammlung bei Pöler, Weberstr. 17. Tagesordnung: Besonntgabe des Tarifentwurfes. Diskussion und Beschluß. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 10 (Berufsausschüssen), heute Dienstag, den 10. August, abends 6 Uhr, öffentliche Versammlung im Gesellschaftshaus am Hadelers Markt, Rosenbaler Str. 26. Stellungnahme zum Schiedsspruch vom 2. August betr. Erhöhung der außer-tariflichen Zulagenzulagen usw.

Fachgruppe 14 I (Kleinindustrie), heute Dienstag, den 10. August, abends 7 Uhr, im Ortsbureau, Belle-Alliance-Str. 7/10, Mitglieder-versammlung.

Vermeiner-Verband, Bezirksverein 17, Fachgruppe Lederindustrie, Freitag, den 13. August, nachmittags 5 Uhr, Mitgliederversammlung im Alexanderiner.

Verband des Volk- und Telegraphenpersonals, am Donnerstag, den 12. August, abends 7 Uhr, in den Sophienkassen, Sophienstr. 17 (großer Saal), Versammlung. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage der Volk- und Telegraphenbeamten und Diätare und das Gehaltsverhältnis. Referent Volkshammer Scherr-Fien. 2. Kreis-Ansprache. Die Bedeutung des zu behandelnden Themas verpflichtet jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Parteinachrichten.

Das Anwachsen der Groß-Berliner Organisation.

Zu dem Bericht des Gen. Pagels auf dem Bezirkstag (siehe „Vorwärts“ Nr. 385) seien noch folgende vielfach angeführte Zahlen nachgetragen: Nach der Spaltung der Partei durch die Unabhängigen wurden im Herbst 1916 die sozialdemokratischen Vereine in Berlin und Niederbarnim im Februar 1917 neugebildet. In Zeltow, Beeskow hatte ein Teil der alten Organisation der Partei die Treue bewahrt. Mit diesen zusammen zählten wir nicht ganz 6500 Mitglieder. Seitdem zeigt die Entwicklung des Bezirksverbandes folgendes Bild:

	Männer	Frauen	Zusammen
Ende März 1917:	4 092	1 789	6 475
„ „ 1918:	5 412	1 972	7 384
„ „ 1919:	36 979	8 721	45 700
„ „ 1920:	44 389	11 481	55 870

Schätzungsweise würde diese Zahl von 55 870 noch um weitere 10 000 höher sein. Es sind aber die sämigen Mitglieder nicht in Rechnung gestellt.

Soziales.

Arbeitsnachweis und Bureaufkratie.

Der Entwurf eines Reichsarbeitsnachweisgesetzes ist im Druck erschienen. In der Festlegung des Zusammenwirkens zwischen den drei Arbeitsnachweisämtern — gemeindlicher Arbeitsnachweis, Landesarbeitsamt, Reichsamt für Arbeitsvermittlung — wird er, im ganzen genommen, den Bedürfnissen einigermaßen gerecht. Er gewährleistet vor allem die so dringende notwendige Einheitlichkeit in der Handhabung der Geschäfte bei allen Instanzen.

Dem Haupterfordernis aber genügt der Entwurf nicht. In den Kreisen der Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber herrscht ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Arbeitsnachweise, da sich nur allzu oft immer noch bürokratische Einstüffe überragend geltend machen. Die Arbeitnehmer haben von jeder gefordert, daß der Arbeitsnachweis völlig in die Selbstverwaltung der in Frage kommenden Kreise übergeben müsse. Diesem Bestreben glaubte man

durch Einrichtung sogenannter Verwaltungsausschüsse, die aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch zusammengesetzt sind, schon genügend entsprochen zu haben. Leider steht aber fest, daß der Einfluß der Verwaltungsausschüsse im allgemeinen sehr gering ist. Sie haben nur eine beratende Stellung. Ueberriegend werden sie höchstens ein- oder zweimal im Jahre zu Vorbereitungen über den Haushaltsplan und zur Entgegennahme von Berichten über die Lage des Arbeitsmarktes und über die Entwicklung der Arbeitsnachweisanstalt zusammengerufen. Die wichtigsten Entscheidungen werden ohne ihre Mitwirkung getroffen. Im ganzen geht ihr Wirkungsrecht nicht über das der Deputationen im Sinne der Städteordnung hinaus.

Der Entwurf gibt nun zwar den Ausschüssen weitere Rechte, indem er ihnen einen Einfluß auf die Bestellung des Geschäftsführers und der Arbeitsvermittlungsbeamten einräumt. Die in Frage kommende Verwaltung darf hier nur vom Verwaltungsausschuss vorgeschlagene Persönlichkeiten anstellen. Diese Bestimmung findet Anwendung sowohl auf die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise wie auf diejenigen der Landesarbeitsämter. Der Entwurf hält es jedoch für notwendig, dem Geschäftsführer noch weitere Instanzen überzuordnen, bei denen in Wahrheit die Entscheidung liegt. Jeder Arbeitsnachweis und jedes Landesarbeitsamt erhält nämlich einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, denen der Geschäftsführer unterstellt ist. Auf die Berufung dieser Persönlichkeiten, auf die es also allein ankommt, hat aber der Verwaltungsausschuss nicht den geringsten Einfluß. Bei den Entscheidungen des Vorsitzenden kann der Verwaltungsausschuss nicht mitwirken. Er kann überhaupt über Angelegenheiten des Arbeitsnachweises nicht beschließen. Er darf, wie der Entwurf sagt, darüber lediglich verhandeln. Beim Landesarbeitsamt kann der Ausschuss allenfalls im Rahmen der von der obersten Landesbehörde gegebenen Verfassung Grundzüge über die Geschäftsführung aufstellen. Das ist ein unheilbarer Zustand, der das Mitbestimmungsrecht des Verwaltungsausschusses bedeutungslos macht. Das Selbstverwaltungsrecht der beteiligten Kreise wird zu einer Farce.

Die Angelegenheit hat aber noch eine andere Seite. Die gegenwärtigen Vorsitzenden und ihre Stellvertreter sind rein formal juristisch gebildete, langjährig in bürokratischen Verwaltungsbetrieben tätige Persönlichkeiten. Hieran wird nichts geändert. Die leitenden Beamten, die vom Verwaltungsausschuss zur Anstellung vorgeschlagen werden, haben dem Vorsitzenden gegenüber überhaupt nichts zu sagen. Er allein entscheidet. Damit wird der Arbeitsnachweis für alle Zeiten der Bürokratie ausgeliefert.

Man fragt sich vergebens, warum überhaupt besondere Vorsitzende vorhanden sein müssen. Kann nicht der Leiter eines Amtes, insbesondere der Leiter des so überaus wichtigen Landesarbeitsamtes zugleich auch der Vorsitzende sein? In einigen Provinzen geht man bereits jetzt dazu über, weil man einsteht, daß an die Spitze eines Landesarbeitsamtes ein Fachmann, also ein Volkswirt oder ein Praktiker gehört, nicht dagegen ein Jurist. Der Entwurf trifft eine solche Regelung nicht. Wäre das der Fall, so würden die beteiligten Kreise durch das Vorschlagsrecht des Verwaltungsausschusses auf die Anstellung des Leiters und damit zugleich des Vorsitzenden wirklich bestimmend einwirken können. Das aber ist der Kern der Sache. Die Arbeitsnachweisfrage ist eine Personenfrage. Sie wird sich nur einwandfrei lösen lassen, wenn die unmittelbar interessierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber — also auch zugleich die einzigen Sachkundigen — die Auswahl der leitenden Beamten übernehmen.

Ein Überblick der Entwurf vollständig. Neben dem Geschäftsführer sind bei den Landesarbeitsämtern eine ganze Reihe leitender Persönlichkeiten, sogenannte Referenten, tätig. Man sollte es als selbstverständlich betrachten, daß auch deren Anstellung vom Verwaltungsausschuss abhängig gemacht wird. Es ist nicht leicht gewesen, wirklich geeignete Persönlichkeiten für diese Posten zu gewinnen. Man wird nicht ohne Schaden auf ihre zahlreichen, im Arbeitsnachweiswesen gesammelten Kenntnisse verzichten können. Zu halten sind sie nur gewesen im Hinblick auf das kommende Arbeitsnachweisgesetz, von dem sie eine ihrer Verantwortung entsprechende Stellung erwarteten. Gerade hier bietet sich für alle Richtungen im Wirtschaftsleben Gelegenheit, Leute ihres Vertrauens in einflußreichen Stellungen wirken zu lassen. Voraussetzung ist jedoch, daß jene Stellungen auch wirklich Einfluß erhalten. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß für die Landesarbeitsämter die kollegiale Verwaltung eingeführt wird, die unter dem Vorsitz des Leiters der ganzen Anstalt nach den Beschlüssen des Verwaltungsausschusses arbeitet.

Die Forderung des Gesetzentwurfes in der geschilderten Weise allein ist imstande, aus der Verwaltung der Arbeitsnachweise die Bürokratie auszuschalten und damit dem Arbeitsnachweis endlich das uneingeschränkte Vertrauen der Beteiligten zu bringen.

Paul Sodemann,

Referent beim Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe zu Münster.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. Reppe-Remsdorf; für Anzeigen: Th. Meier, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Wauz Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Girya 1 Belfage.



Kuchenbackartikel

Bittere Mandeln . . . 1/2 Pfund	10,00	Ia Tafelmargarine 1/2 Pfund	5,75
Süße Mandeln . . . 1/2 Pfund	15,00	Ia Vanillin-Zucker Päckchen	0,25
Sultania-Rosinen 1/2 Pfund	9,30	Kuchengewürzölle Päckchen	0,60
Korinthen 1/2 Pfund	6,50	Backpulver Päckchen	0,15

Haferbackmehl, Malsmehl markonfrei Hefe jeden Freitag und Sonnabend frisch, vorherige Bestellung erwünscht

Obstkuchen und Konditorgebäck für Wald-, Garten-, Erntee- und Familienfeste auf Bestellung in unseren 140 Verteilungsstellen.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße.

Zum Jubiläum

Knaben-Anzüge bedeutend herabgesetzt

Stoff-Anzüge in guter Qualität	von 250	240	230	220	210	200	190
	auf	137	130	123	116	109	95
Stoff-Anzüge in verschiedenen Fassons mit Uebertragen	von 320	310	300	290	280	270	260
	auf	215	205	195	185	175	165
Stoff-Anzüge prima Verarbeitung u. Stoffe in allen Fassons	von 390	375	360	345	330	315	
	auf	275	260	245	230	215	200
Wasch-Anzüge		36	45	50	55	60	65
					75		

Mur eine Verkaufsstelle **BoerSohn** Keine Filialen mehr Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur